

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 ober deren Raum 40 Pf., für
 Veretns- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Zusätze
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1008.
Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Sonntag, den 29. August 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. September eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. September
 mit der Veröffentlichung eines Original-Romans:

„Der Bauernführer“

von Franz Kahler.

Der Roman spielt in der Gegenwart. Vom Fabrikarbeiter
 „arbeitet“ sich der „Held“ zum Kohlenwerksbesitzer, zum Haupt-
 aktionär zweier Zuckerraffinerien, zum Großgrundbesitzer, Amts-
 vorsteher und Millionär empor, vor dessen gewaltthätigen Faust
 die ganze Gegend zittert. Und dieser ungebildete, aber reiche
 und schlaue Gewaltsmensch fühlt plötzlich das Bedürfnis, eine
 Rolle in der Öffentlichkeit, im politischen Leben zu spielen;
 er gründet mit Hilfe seiner ausgewählten, von ihm ins
 Börsenspiel geheuten Nebenbauern einen „Bund der Getreide-
 bauern“, entsandt eine Agitation durchs ganze Reich, wird
 Reichstags-Abgeordneter und Parteiführer. Schon steht ihm
 der Adel in Aussicht, schon träumt er von Ministerherlichkeit,
 da bricht er zusammen. Bei der Wahl zum Reichstag
 haben die von ihm so getriebenen und verachteten Landarbeiter
 seiner sozialen und politischen Gewaltthätigkeit ein Ende gemacht.
 Und wie der „Held“, so sind auch alle andern in dem Roman
 auftretenden Personen aus dem Leben gegriffen: der konservative
 Versammlungsbredner, der sein Geschäft gewerbmäßig betreibt,
 der wüthige, mit allen Salben geschmierte freisinnige Reichstags-
 Kandidat, die verschiedenen Beamten von den Fabriken und
 Gütern, die Bauern, Tagelöhner u. s. w. Wir hoffen, auch
 mit dieser Arbeit den Beifall unserer Leser zu finden.

Auf politischem Gebiet bereiten sich Ereignisse von
 größter Tragweite vor. Der „Vorwärts“ wird nicht bloß
 seinen Leserkreis stets auf dem Laufenden halten, er wird auch
 allezeit ein furchtloser Führer sein und unerschrocken die Wahr-
 heit aussprechen.

Daß der „Vorwärts“ über den Weltangelegenheiten und
 den deutschen Angelegenheiten auch die Berliner Angelegen-
 heiten nicht vergißt, das haben wir nicht nötig den zu sagen,
 die den „Vorwärts“ lesen.

Wir erwarten von den Parteigenossen, daß sie für
 die weiteste Verbreitung des „Vorwärts“
 thätig sind.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie
 unsere Expedition, Reuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abon-
 nements zum Preise von

1,10 M. für den Monat September

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1897
 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts“.

Der internationale Arbeiterschut- Kongress

Ist zum Kerger aller Feinde des Arbeiterschutzes glücklich zu
 Ende geführt worden. Das schwierige Experiment ist von Erfolg
 begleitet gewesen, es gelang thätlich, was viele für unmöglich
 hielten, Vertreter verschiedener Parteien, und einander entgegen-
 gesetzter Weltanschauungen zu gemeinsamer Berathung und Be-
 schlusfassung über ein Gebiet sozialer Gesetzgebung zu vereinigen.
 Und dies gelang, obgleich nicht bloß der Ausgangspunkt der
 Forderung und die Anschauung über den Zweck dieser Gesetz-
 gebung, sondern auch noch so manche nebenbei in betracht
 kommende Gesichtspunkte und die ganze Weltanschauung die
 Teilnehmer in mehrere Gruppen scharf schieden. Das
 Trennende schien das Einigende gewaltig zu überwiegen und so
 mochte selbst so mancher Teilnehmer an dem Kongresse recht
 bedenklich gewesen sein, ob nicht Verlauf und Ausgang der
 Zusammenkunft selbst auf die schweizer Veranstalter ernüchternd
 wirken werde.

Der über alles Erwarten der Bestimmten glänzende und über-
 aus würdige Verlauf hat alle Bedenken, die man vor dem
 Kongresse hatte, völlig zerstreut. Wir würden eine Unter-
 lassungsünde begehen, wenn wir nicht gleich hier anerkennen
 wollten, daß der Takt und das ganze Auftreten der nicht-
 sozialdemokratischen Teilnehmer zu den Erfolgen des Kongresses
 ein erheblich Theil beigetragen habe.

Das Material, das der Kongress für die Fragen des Ar-
 beiterschutzes angeammelt hat, die ausgezeichneten Referate, die
 von tiefer Sachkenntnis und Beherrschung des wissenschaftlichen
 und praktischen Materials zeugenden Debatten und endlich die
 vortrefflichen Resolutionen werden von niemandem, der sich
 künftig mit diesen Fragen zu befassen gedenkt, ignoriert werden
 können. In den Regierungsbüreauen, in den Parlamenten, an
 den Schreibtischen der Redaktionen, in den Stuben der Ge-
 lehrten und in den Fabriksälen wie in den Volksversammlungen

halten wird man häufig der Verhandlungen gedenken, die eben
 abgeschlossen wurden.

Und so werden sie nicht bloß in der Schweiz, in Frank-
 reich und anderen Ländern, sondern in allererster Linie im
 Deutschen Reich die öffentliche Meinung wieder aufrütteln,
 die Fragen des Arbeiterschutzes wieder mehr in den
 Vordergrund schieben; die verlogene Taktik der Schreib-
 knechte der Stumm und Konsorten, die jeden Arbeiters-
 schutz eifrigst bekämpfen und für jeden Arbeiterertrag begeistert
 eintreten, wird durch den Erfolg des Kongresses ganz erheblich
 erschwert. Und zwar nicht bloß deshalb, weil ein kräftiger Anstoß
 für die Fragen des Arbeiterschutzes gegeben worden ist, sondern
 weil nun die ohnedies schon abgegriffenen Argumente gegen
 eine Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterklasse erst recht ihre
 Beweiskraft verloren haben.

Wie unangenehm der fabrikschulistischen Presse der Ver-
 lauf des Kongresses ist, ersieht man aus ihrer eigenthümlichen
 Taktik den Verhandlungen desselben gegenüber. Während der
 eine Theil, der die kleinste Differenz in einer unbedeutenden
 Versammlung zu einer gewaltigen Angelegenheit für die
 Sozialdemokratie aufzubauschen sucht, der aus jeder un-
 geschulten Redewendung eines mit Ausschluß der Öffentlichkeit
 erscheinenden anarchistischen Wochenblättchens ein Ausnahmefall
 gegen die Sozialdemokratie herausdestillieren möchte,
 über die Verhandlungen in Zürich kein Sterbenswörtchen
 brachte, fertigte der andere Theil die so wichtigen Verhand-
 lungen mit einigen ebenso kurzen wie hässlich-dummen Be-
 merkungen ab.

Den moralischen Erfolg der Züricher Tage für die Sache
 des Proletariats wird kein vorurtheilvoller Mann unter-
 schätzen, aber auch an praktischen Erfolgen wird es nicht
 fehlen. Eine ganze Anzahl von Parteien und Personen sind
 in ihrer Stellung zu fast allen Fragen des Arbeiterschutzes
 festgelegt, die Parlamente werden eine Reihe von Initiativ-
 anträgen zu beraten haben, die Presse wird sich bestreihen,
 diesen Fragen wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Falsch wäre es aber auch, sich durch den prächtigen Ver-
 lauf des Kongresses in Zürich zu Ueberschätzungen seiner
 Erfolge verleiten zu lassen. Weder werden die Be-
 schlüsse über Nacht in die That umgesetzt werden,
 noch werden alle Parteien, deren Anhänger auf dem
 Kongresse vertreten waren, sich durch die Beschlüsse für gebunden
 betrachten. Es heißt sich vor sicheren Enttäuschungen bewahren,
 wenn man sich dies gleich offen sagt. Auch der Klassenkampf
 wird nicht an Schärfe verlieren, weil einmal Sozialdemo-
 kraten, Christlich-Soziale oder Schattirungen, einige Liberale
 und dieser und jener Gänger in einer freien Ver-
 sammlung friedlich zusammenberathen haben. Kein Theil-
 nehmer des Kongresses wird sich vorprägen, daß er mit seiner
 Anwesenheit in der Züricher Tonhalle das Reich des sozialen
 Friedens eingeleitet habe.

Sind wir auch völlig frei von irgend welchen phan-
 tastischen Ueberschätzungen, so bleibt noch genug des
 Erfreulichen über den Gang der Verhandlungen, über
 die Physiognomie der Versammlung. In allererster Linie
 freuen wir uns über die fast einhellige Annahme der
 Resolutionen zu Gunsten der im nächsten Tag kämpfenden
 vereinigten englischen Maschinenbauer, dann haben wir auch
 volle Anerkennung auszusprechen den sozialistischen Rednern
 aller Nationen, welche bei allem auf einem solchen Kongresse
 selbstverständlichem Entgegenkommen, bei allem Takt und Be-
 wahrung aller Formen von ihrem prinzipiellen Standpunkte
 auch nicht das mindeste aufgaben. Aus all' den Reden unserer
 Vertreter rang es heraus, der Arbeiterschutzes ist eine sehr
 schöne, sehr wichtige, vor allem eine höchst dring-
 liche Sache, aber selbst wenn wir alles, was
 wir auf diesem Gebiete zu wünschen haben, bewilligt
 erhalten, so hat der Kampf des organisierten Proletariats noch
 immer kein Ende. Trotz allen Arbeiterschutzes kann in der
 heutigen Wirtschaftsordnung Mangel, Elend, Ausbeutung,
 periodische Arbeitslosigkeit, Verkümmern der Kinder, sorgen-
 volles Alter, Unsicherheit der Existenz für die überwiegende
 Mehrheit der Bevölkerung, politische Bevormundung, und wie
 all' das heißt, was den Jammer unserer Gegenwart ausmacht,
 nicht aus der Welt geschafft werden.

Und dieses Ziel haben wir stets im Auge zu behalten,
 wir haben nicht bloß für wichtige Palliativmittel, sondern in
 erster Linie für eine gründliche und vollkommene Aenderung
 unserer Wirtschaftsordnung im Interesse des Proletariats zu
 kämpfen, deshalb müssen wir bei aller Arbeit für den Arbeiters-
 schutz uns von den Sozialreformern aller Schattirungen dadurch
 unterscheiden, daß wir eben Sozialdemokraten sind und uns als
 solche stets bewähren.

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. August.

**Fünfter Tag des Internationalen Arbeiterschut-
Kongresses.** Nach Erledigung der Fragen des Ar-
 beitschutzes und der Frauenarbeit hat der
 Kongress keine Frage mehr zu erledigen, in der es zu
 prinzipiellen Auseinandersetzungen und zu Kraftproben zwischen
 den verschiedenen Parteien kommen könnte. Und da keine
 Kämpfe mehr bevorstehen, ist bei Manchem auch das Interesse
 erlahmt; auf den Seiten der Delegirten sind viele, die man
 nicht sieht, wie jener Professor von seinen schwanzen
 und nicht hörenden „Hörern“ zu sagen pflegte. Namentlich
 da, wo die Vertreter der katholischen Arbeiterpartei und die —

von ihnen scharf zu scheidenden Christlich-Sozialen (gescheiterte
 und gescheiterte) bisher saßen, sind gähnende Lücken.

Die Frage der Nacharbeit und der Arbeit in
 gesundheits-schädlichen Betrieben ist keine
 Parteifrage, und dem Organisationskomitee muß das Zeugniß
 ertheilt werden, daß es die Resolutionen sehr sorgfältig und
 im humansten Geiste ausgearbeitet hat, so daß die Sektion so
 gut wie nichts zu ändern und nur wenig hinzuzufügen hatte.
 Der einzige erwähnenswerthe Zusatz ist die allerdings wichtige
 Bestimmung, daß da, wo Nacharbeit nothwendig, die ge-
 samte Arbeitszeit den gesetzlichen Normal-
 Arbeitstag nicht übersteigen darf. Nach dem
 erscheidenden und in jeder Hinsicht vortrefflichen Referat des
 Professors Grimmann war kein Grund für eine längere
 Debatte. Ueber die Frage der Nacharbeit sprechen nur
 noch Engländer, welche die Gelegenheit benutzten, die
 Fragen des englischen Sabbath und der Hausarbeit
 zu streifen, und die Entschlossenheit der englischen Arbeiter-
 klasse, den Achtsundentag, und zwar den gesetz-
 lichen Achtsundentag, um jeden Preis und mit allen Mitteln
 der Agitation zu erkämpfen.

Die Engländer sind auf diesem Kongress, der sich mit
 praktischen, unmittelbar erreichbaren Forderungen zu be-
 schäftigen hat, in einer eigenthümlichen Lage. Sie vertreten
 das höchstentwickelte Industrieland der Welt, welches auch die
 höchstentwickelte Fabrik- und Arbeiterschutzes-Gesetzgebung besitzt
 und welches durch seine eigenartige Entwicklung, wozu noch
 die insulare Abgeschlossenheit hinzukommt, ein eigenartiges,
 scharf hervortretendes nationales Gepräge erhalten hat. Der
 englische Sabbath ist etwas für die übrigen Völker schwer
 verständliches, und für die Engländer ist es schwer verständ-
 lich, daß die Mehrheit des Kongresses ihre Abneigung gegen
 den Sabbath nicht theilt.

Unsere Sonntagruhe ist grundverschieden von dem
 englischen Sabbath, und wenn die Deutschen u. s. w. die
 Sonntagruhe verlangen und die Engländer den
 Sabbath verurtheilen, so haben beide total verschiedenes
 im Auge. Und daraus entspringen natürlich Mißverständ-
 nisse, die übrigens am besten durch die Engländer selbst zu
 beseitigen sind. Sie sollen ihrem Sonntag den pfäffischen
 Sabbath-Mantel ausziehen und ihn zu einem Tag der Ruhe
 nicht bloß, sondern auch der Erholung und des geistigen
 Genusses zu machen — dann wird die Sonntagruhe, die
 wir erstreben, den Engländern nicht länger als reaktionäres
 Pfaffenwerk erscheinen.

Auch über die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben
 wird nur kurz debattirt. Bloß zwei Redner sprachen, darunter
 ein Engländer.

Und die Resolutionen der Sektion betreffend beide Punkte
 werden einstimmig angenommen.

Es herrscht eine sehr veröhnliche Stimmung auf allen
 Seiten; und die katholischen Vertreter sind sichtlich bemüht,
 sich demokratisch und liberal — welche letzteres oft mehr ist
 als demokratisch — zu zeigen.

Die morgige Sitzung wird unzweifelhaft ebenso ruhig ver-
 laufen, wie die heutige.

Propos, unter den „Gästen“ des Kongresses befindet sich
 auch ein „von Raumer, Berlin“. Dieser von Raumer,
 Berlin, ist von der Berliner Polizei gesandt. Zu
 welchem Zweck, das ist das Geheimniß der Berliner Polizei.
 Zu spioniren ist nichts; alles was geredet und gethan wird,
 geschieht im hellen Lichte des Tags und nicht die kleinste
 Einzelheit entzieht sich der öffentlichen Berichterstattung. Also
 welchen Sinn hat es, einen besonderen Polizeigenoten von
 Berlin nach Zürich zu schicken, und dafür etliche Hundert
 Mark, wenn nicht etliche Tausend — denn die Reisen dieser
 Herren sind in der Regel höchst kostspielig — auszugeben?
 Warum? U. A. u. g. —

**Ueber das Aussprechen der Allianz zwischen Frank-
 reich und Ausland** äußert sich die „Köln. Zig.“ im wesent-
 lichen ebenso wie wir:

„Durch die an Bord des „Polnan“ zwischen dem Zaren
 und dem Präsidenten der französischen Republik ausgetauschten
 Triumpfräder wird in die Beziehungen der europäischen
 Großmächte kein bisher unbekanntes Element
 eingeführt. Der kaiserliche Triumpfspruch ist der Ausdruck eines
 Zustandes, wie er seit einer Reihe von Jahren zwischen Ausland
 und Frankreich in Kraft gewesen ist. Während des bisher ver-
 flossenen Zeitraumes, in dem dieser Zustand seine Wirkungen
 ankern konnte, ist der Friede unter den Großmächten nicht gestört
 worden und auch für die Zukunft erscheint eine Wendung in
 ungünstigen Sinne auf absehbare Zeit als ausgeschlossen.“

Der freilich recht wenig zuverlässige Pariser „Gaulois“
 will folgendes in Erfahrung gebracht haben:

Am 25. August ist im kaiserlichen Palais zu Petersburg
 zwischen dem Zaren und dem Minister Graf Murawjew einerseits
 und dem Präsidenten Faure und dem Minister Hanotaux anderer-
 seits ein Vertrag unterzeichnet worden, der sich im Wesent-
 lichen mit dem unter Carnot abgeschlossenen
 Verträge deckt, aber eine neue Bestimmung enthält, welche
 den Zweck hat, den europäischen Frieden zu be-
 kräftigen, die aber ihrer Wichtigkeit wegen nicht ver-
 öffentlicht werden wird. Dieser neue Zusatz wurde vom
 Zaren, dem Präsidenten Faure, dem Grafen Murawjew und
 Hanotaux unterzeichnet. Ferner glaubt der „Gaulois“ zu
 wissen, daß in einzelnen Fällen in Russland
 und Frankreich die Waffen gleichzeitig
 ergriffen werden, um Recht und Billigkeit zu schützen.
 Das Bündniß sei bisher ein defensives gewesen, vom 25. August d. J.
 ab sei es ein offensives.

Ganz im Gegensatz dazu schreibt das angesehenste bürgerliche Blatt Frankreichs, das zum Minister des auswärtigen Hanotauz stets Beziehungen gehabt hat.

Die Allianz ist heute, was sie gestern war; die beiden Verbündeten sind entschieden feindlich; sie verstanden es, man hat es gesehen und täglich konstatiert.

Die „Liberte“ erklärt: Frankreich und Rußland werden zwar ungeachtet dieses Wertes des Gesamtfriedens nicht die eigenen großen Interessen vergessen; aber keines dieser Interessen ist eine Drohung für den Frieden Europas.

Der Ministerpräsident Méline, sowie die Minister Billot und Desnard werden sich Dienstag zum Empfange des Präsidenten Faure nach Brüssel begeben und ihn zur glücklichen Vollendung der russischen Reise beglückwünschen.

Die französische Regierung beschloß, die öffentlichen Gebäude in Paris und in den Departements am Dienstag anlässlich der Rückkehr des Präsidenten Faure schlagen zu lassen.

Sehr republikanisch ist die zwar nicht, aber mit dieser Dekoration soll wohl die Aufregung über die Brotvertheuerung zum Schweigen gebracht werden.

Unser Pariser Korrespondent schreibt unterm 27. d. Mts.:

Die nun abgeschlossene Begegnung Felix Faure's mit dem Zaren hat hier bis zu den letzten Trinksprüchen an Wort des „Potemkin“ keine Aenderung in der Stimmung der verschiedenen Parteien bemerkt. Die Regierungsblätter thaten ihre Pflicht, indem sie in die drei ersten Trinksprüche alles Mögliche zu gunsten der russischen Freundschaft, Frankreichs und des Ministeriums Méline hineinbrachten. Die Oppositionspresse — mit ein paar freiwillig-chauvinistischen Ausnahmen — betonte die Inhaltlosigkeit der Trinksprüche, erinnerte an die neuliche Kaiserbegegnung in Peterhof und an die bisherige Fruchtlosigkeit der Zarenfreundschaft für Frankreich, mit Inzidenzen nur die „Begrüßung der Petersburger Bevölkerung“ hervorhebend. Der allerletzte Trinkspruch mit dem Wörtchen „allies“ (Verbündete) hat die oppositionelle Stimmung infolgedessen geändert, als das Vorhandensein eines geschriebenen Vertrages nicht mehr bestritten wird. Man verlangt nun aber von sozialistischer und sozialistischer-rabulater Seite die Veröffentlichung dieses Vertrages. Die „Petit République“ (in einem Artikel Dubreuil's, eines Mitglieds des blanquistischen „Revolutionären Zentralkomitees“) erklärt übrigens gleich, daß die vermutlichen Kampfbestimmungen des Vertrages den französischen Interessen zuwiderlaufen: Die eine dieser Bestimmungen bedeutet für uns ein verkapptes und schändliches Einverständnis mit dem kaiserlichen Deutschland. Die andere steht voraus, falls sie es nicht widerspricht, ein Schutz — wo nicht ein Trugbündnis gegen England. . . . Zum Beweis erinnert Dubreuil wieder einmal an die Reise des französischen Geschwaders nach Kiel, an die „erniedrigende“ Stellungnahme Frankreichs im japanisch-chinesischen Krieg — zur Begünstigung der russischen, wie der deutschen Pläne, zum Schaden für unsere eigenen Interessen und unsere Ehre. Schließlich an die im Interesse der gleichen russisch-deutschen Kombination von Frankreich besetzte Politik im griechisch-türkischen Konflikt. „Und auf wen stützen wir bei diesen Gelegenheiten? Gerade auf England, den alten rivalen Rußlands, dem es nach Süden gelüftet, und auf Deutschland, das England den Weltmarkt freitig macht. . . .“ Die nun bestehende russische Allianz bedeute aber für Frankreich eine Stütze unter der Zeitung Nikolau's und Wilhelm's II., die Mitwirkung an einer Arbeit, welche niemand Ehre und uns keinen Vortheil einbringen wird. Der „Radical“, das angesehenste Organ der bürgerlichen Radikalen, ist seinerseits mit der Allianz nach wie vor unzufrieden, weil es offenbar keine „Revanche-Allianz“, sondern eine „Friedens-Allianz“ sei: „Wievoll, die Pläne, welche uns teuer waren! Wievoll, unsere patriotischen Hoffnungen!“ Während der freischweifig einflusslose auch-radikale Leitartikel des „Rappel“, namens „Minister, ein geradezu töhnländisches Revanche-Kommentar zum Allianz-Trinkspruch schreibt. Rochefort's Blatt beschränkt sich vorläufig auf die trockene und unauffällige Wiedergabe des Trinkspruchs.

Alles in allem, die Reise Faure's wird wohl ihre bedeutendsten Nachschwingungen auf dem Gebiete der inneren Politik Frankreichs erzeugen. Das reaktionäre Kabinett Méline ist durch die neueste Zarenhuld doppelt „tabu“ gemacht worden.

Die Flottenfrage rückt wieder in den Vordergrund der Diskussion der Presse. Offizielle Organe, denen sich am eifrigsten die publizistischen Vertreter der freisinnigen Vereinigung, der Partei, die mit dem Volke am wenigsten Fühlung hat, anschließen, rühren mit allem Eifer die Verbetrommel für die Vergrößerung der Marine. Das „Berliner Tageblatt“ fordert heute anlässlich der Besetzung der kaiserlichen Tabellen über den englischen Flottenbestand, an die Zeitungen, „eine unseren deutschen Macht-Verhältnissen entsprechende entwickelte Seemehr. Nichts mehr, aber auch nicht weniger.“ So erstreut Miquel über diese Uebereinstimmung mit den Herrn Mosse und Leysen sein dürfte, so wenig befriedigen dürfte ihn die Durchsicht der Zeitungsblätter, welche vorläufig wenigstens und einmütig für die Stärkung der Abwehr- und Abwehrmehrerheit eintritt, auch das Organ der Bündler ist kühl den Flottenplänen gegenüber.

Armer Miquel! Ganz für seine Pläne sind vorläufig nur Mosse und Lauser, Schweinburg und Leysen.

In einer Ehrenrettung der kleinkalibrigen Gewehre steht sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ im Anschluß an einen in Circulo militare zu Rom gehaltenen Vortrag veranlaßt. Mit Entrüstung wird der Vorwurf zurückgewiesen, daß die jetzigen kleinkalibrigen Gewehre von 6 1/2 bis 8 Millimeter nicht zerstörend genug seien und bei Fleisch- oder sogar Knochenstößen den Betroffenen nicht sicher genug kampfunfähig mache oder tödte. Eine derartige feindliche Unterstellung kann natürlich gar nicht energisch genug zurückgewiesen werden, und es wird, mit halbem Bedauern, darauf hingewiesen, daß auch bei dem größeren Kaliber von 1870/71 einzelne Getroffene je nach dem Treffpunkt des Geschosses und ihrer eigenen Energie auch früher in der Lage gewesen seien, sich aufrecht zu halten und den Kampf fortzusetzen. Als ganz selbstverständlich muß es bezeichnet werden, daß bei dem jetzigen kleinen Kaliber eine gewisse Anzahl der Getroffenen, und zwar eine größere wie früher, noch in der Lage sein werde, weiter zu kämpfen, dagegen falls schwer zu gunsten des jetzigen Gewehres der Umstand ins Gewicht, daß an einzelnen Stellen des Schlachtfeldes, und zwar an der die Entscheidung mit sich bringenden, die Zahl der Getroffenen — abgesehen von der Gesamtzahl — derartig groß sein werde, daß die nach kampfunfähig gebliebenen Verwundeten an dem schließlichen Resultat des Ansturmes nichts ändern können. Der D r o w i gegen unsere jetzigen Gewehre, daß „sie nicht tödten“, sei durch Schießversuche, welche gegen Thierkadaver angestellt worden sind, bereits widerlegt. Die Resultate waren keineswegs derart, daß das jetzige Gewehr ein vorzugsweise „humanes“ genannt werden kann. Nur die glatt durchgehenden Fleischstücke könnten demart sein, daß der Getroffene den Kampf fortsetzen könne bis zum Einbruch in die feindliche Stellung oder bis zum Abschlagen des Angreifers. Diese vereinzelt „glücklichen Schüsse“ könnten aber nimmermehr eine Veranlassung sein, daß man auf die übrigen großartigen Vorteile des kleinen Kalibers von 8 Millimeter und abwärts Verzicht leistet. — Man müßte schon ein Herz von Stein in der Brust tragen, um nicht den Schmerz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mitfühlen zu können, der sie ergreifen muß, wenn behauptet wird, wir hätten „vorzugsweise humane“ Kriegswaffen.

Gakopoffete, das ist der Titel der neuesten Waidwaffe, deren bisherige Verwendung in Indien in den „Berl. Pol. Nachr.“ gerühmt wird. Es sind fehrbare Maschinenwaffen, nach ihrem Erfinder

Mazin-Gewehre genannt, sind sie die am schnellsten feuernenden Mitrailleur der Welt und sie können bis 600 Schuß in der Minute und nach Erforderniß auch Einzelschüsse abgeben. Sie sind einläufig, feuern mit Gewehrmunition, haben zur Verhinderung der übergroßen Erhitzung des Laufes einen diesen umgebenden Wassermantel und benutzen die Kraft des Rückstoßes jedes vorhergehenden Schusses zum Laden und Abfeuern des folgenden Schusses. Außer England sieht bis jetzt nur die Schweiz diese Maschinenwaffen als reglementarische Begleitwaffen der Infanterie und Kavallerie vor. Die Nichtbarkeit dieser Maschinenwaffen ist in der letzten Zeit soweit verbessert worden, daß jetzt das ganze Gesichtsfeld betrieblen werden kann; dann ist die ganze Lafette mit ihren Rädern in leichtester, aber dauerhafter Weise aus gehärtetem Stahl ausgeführt, so daß das Gewicht des Gewehres, der ganzen Lafette, einschließlich der Munition für 1250 Schuß, jetzt nur 400 Pfund englisch beträgt, während es früher 925 Pfund betrug. Der Wassermantel zum Kühlen fällt für gewöhnlich fort; durch seine Anbringung würde das Gewicht sich nur um 20 Pfund erhöhen. Sehr geschickt ist ferner die Bespannung des einen, die Lafette stehenden, zugleich gerittenen Pferdes eingerichtet. Die Verbindung der kurzen, hinten runden Gabel, in welcher das Pferd geht, mit der Lafette gestaltet jede Gangart, selbst härtesten Galopp, die Ueberwindung großer Terrainhindernisse und ein sehr schnelles Abklimmen der Lafette von der Bespannung. Ein zweiter Mann, welchem die Bedienung des Maschinenwepres obliegt, reitet neben demselben.

Also einfach phänomenal, großartig herrlich.

Von den Dingen müssen wir auch einige Hunderttausende haben.

Reichthum, her da mit den Millionen! —

Die Potemkin'schen Dörfer sind jetzt in Rußland an der Tagesordnung. Es gilt den „Freunden“, deren gute Meinung Gold werth ist, echtes, reines Pump-Gold, eine gute Meinung von Rußland beizubringen. Und da müssen denn die Potemkin'schen Dörfer herhalten. Ueberall Potemkin'sche Dörfer. Nirgends Rußland, außer insoweit es Potemkin'sches Dorf ist. Gestern waren die Deutschen an der Reihe für das Schauspiel der Potemkin'schen Dörfer. Heute sind es die Franzosen. Und das diese, wie jene, nichts anderes sehen, als die Potemkin'schen Dörfer, — dafür sorgt die russische Regierung und Polizei — was beides dasselbe ist. . . . Dafür sorgt sie mit der bekannten väterlichen Fürsorge, die ihren Gegenstand keinen Augenblick aus den Augen, aus den Händen läßt. Der Fremde, der anlässlich der jetzigen Betreffens nach Rußland kommt, und namentlich Personen, von denen die Polizei annimmt, daß ihr Urtheil von Einfluß ist, wird an der Grenze mit Wächtern empfangen. Keine Pakschwierigkeiten, keine Gepäcksereien — höchste Höflichkeit — in allem das genaue Gegenbild dessen, was den Westeuropäer erwartet und — was die Wahrheit ist. Da es nicht gut ist, daß der Mensch allein sei, so schwebt aus der Wolke der Büdungs-Virtuos ein feiner, feiner Herr trahfädelnd hervor und — stellt sich dem freudig erkannten Fremden zur Verfügung. Und der Schutengel weicht nun nicht mehr von der Seite seines Schützlings. Er begleitet ihn auf allen Wegen, folgt ihm ins Hotel, sorgt ihm für alles, z a h l für ihn (wobei wohl manchmal etwas für ihn selber abfällt), und führt ihn überall hin — wo Potemkin'sche Dörfer sind. Und so geht es, bis der Reisende wieder aus Rußland heraustritt. Natürlich hat er die günstigsten Eindrücke gewonnen. Natürlich hat er sich überzeugt, daß Rußland in der übrigen Welt schamlich verkannt ist — daß das Zarenreich kein halbbarbarisches, despotisches Land ist, sondern das zivilisirteste und liberalste aller Reiche — die russischen Beamten die lebenswürdigsten und gebildetsten der Welt.

Und der Mann, der so urtheilt, sagt nur ehrlich seine Meinung. Er hat aber nur die Potemkin'schen Dörfer gesehen und nicht Rußland. Der lebenswürdige Beamte, der ihm als Schutengel maitre de plaisir diente, war ein — Polizist der dritten Abteilung.

So wird's gemacht. Wie kennen verschiedene, die nach diesem Rezept behandelt wurden. Und es muß einer sehr gute Augen haben, um zu sehen, was Potemkin'sche Dörfer sind und was Rußland.

In den Friedensverhandlungen liegen aus Konstantinopel heute folgende Meldungen vor: Der Ministerrath beschloß, wegen der Verögerung des Friedensabschlusses eine Note an die Großmächte abzuschicken.

Ueber den weiteren Vorschlag Englands in der griechisch-türkischen Friedensfrage wird von griechischer Seite mitgetheilt: In der jüngsten Botschafterkonferenz, in welcher die abgeordneten Friedensverhandlungen wieder aufgenommen wurden, erklärte der britische Botschafter, daß seine Regierung lediglich den Wunsch hege, den Frieden so schnell als möglich abzuschließen, und die Klammung Theßaliens durchzusetzen. Der Vorschlag der Finanzkontrolle für Griechenland weise sie durch aus nicht zurück, könne ihn aber nur insoweit annehmen, als es die Kriegsschädigung betreffe. Die Einbeziehung der Interessen der alten Gläubiger Griechenlands gehöre nach Ansicht der britischen Regierung nicht zu den Aufgaben der Friedenskonferenz. Deshalb stelle England folgende Anträge: 1. In anbetracht der völligen finanziellen Erschöpfung Griechenlands ist der Betrag der Kriegsschädigung von 4 Millionen Pfund auf 2 Millionen herabzusetzen. 2. Die Mächte übernehmen die Garantie für die pünktliche Zinszahlung der zur Zahlung dieser Kriegsschädigung von Griechenland anzunehmenden Anleihe. 3. Es wird aus Vertretern sämtlicher Mächte für Griechenland eine internationale Kommission eingesetzt, welche diejenigen staatlichen Einnahmen verwaltet, die zur Zinszahlung und Tilgung der Kriegsschädigung-Anleihe bestimmt werden. 4. Die Kriegsschädigung ist sofort in vollen Betrage auszuführen und demgemäß Theßalien nach Unterzeichnung des Friedens zu räumen.

Die „Agence Havas“ meldet: Die Mächte haben den Vorschlag Lord Salisbury's abgelehnt, nach welchem Rußland, Frankreich und England die Anleihe garantiren sollten, welche Griechenland zur Zahlung der Kriegsschädigung aufnehmen muß. Die Mächte sind der Ansicht, daß ihre einmütige Uebereinstimmung aufrechterhalten werden muß.

Die Ergebnisse des Postkongresses in Washington werden in der „Deutsch. Verkehrsztg.“ zusammengestellt. Der Weltpostverein erzählt in seinem älteren Umfang einen Zuwachs durch den Beitritt von China, Korea und dem Ozeanreifeiland. In bezug auf die Nebenabkommen des Vereins sind Britisch-Indien und Rußland der Postabereinkunft, Serbien dem Zeitungs-Uebereinkommen beigetreten. Die britische Delegation hat den Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Weltreife-Uebereinkommen in Aussicht gestellt. Es hat eine anderweitige Regelung der Briefpost-Transitschädigung statgefunden. In bezug auf den Briefpostverkehr sollen vom 1. Januar 1899 ab unter anderem nachfolgende Erleichterungen eintreten: Unfrankirte Postkarten unterliegen fernerhin nicht mehr der Verzugs für unfrankirte Briefe, sondern nur dem doppelten Betrage des Verzugs für frankirte Postkarten. Auf der Vorderseite der Postkarten dürfen Bignetten oder Klammern angebracht sein. Das Reistgewicht der Waarenproben ist von 250 auf 300 Gramm erhöht. Als Druckfachen können künftig auch Photographie-Albume versandt werden. Bei gleichzeitiger Absendung von mindestens 20 Exemplaren werden auch die von der Schreibmaschine hergestellten Schriftstücke als Druckfachen taririrt. Die Zahl der bei Druckfachen gestatteten handschriftlichen Zusätze hat abermals eine erhebliche Vermehrung erfahren. So dürfen z. B. auf Visitenkarten Glückwünsche, Beileidsbezeugungen u. s. w. nicht nur, wie bisher, in Buchstaben, sondern auch in Worten (höchstens fünf) niedergeschrieben werden; auf Weihnachts- und Neujahrskarten ist die Hingfügung von Bildungen gestattet; bei Zeitungs-Ausschnitten darf Name, Datum u. s. w. der Zeitung handschriftlich angegeben werden, eine Bestimmung, die von Wichtigkeit ist für die Geschäfte, welche Abonnements auf Zeitungsausschnitte über bestimmte Gegenstände annehmen u. a. m. Gelegenheits-Prei-

marken (Jubiläum-, Freimarken vor vorübergehender Giltigkeit etc.), die den Freimarken-Sammlern im allgemeinen recht unerwünscht sind und zu einer lebhaften Agitation der philatelistischen Vereine Anlaß gegeben haben, sollen nach dem vom Kongreß angenommenen Vorschlage Deutschlands von der Verwendung im Vereinsverkehr grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Hinsichtlich des Postanweisungs-Dienstes ist vor allem hervorzuheben, daß der zulässige Reistbetrag einer Postanweisung von 500 auf 1000 Frank erhöht worden ist; den Vereinsverwaltungen ist jedoch das Recht gewahrt worden, den bisherigen Reistbetrag auch ferner beizubehalten. Weiter sind die Taxen für die Postanweisungen in der Weise herabgesetzt worden, daß unter Beibehaltung der jetzigen Portosätze für Beträge bis 100 Frs. für den 100 Frs. übersteigenden Betrag einer Postanweisung nur die Hälfte des jetzigen Portos erhoben wird; hiernach kosten 500 Frs. nicht mehr 5 Frs., sondern 3 Frs. — Die Ausfüllung der Postanweisungs-Formulare darf künftig auch mittels der Schreibmaschine erfolgen.

Für den Postpacketdienst sind gleichfalls verschiedene Neuerungen und Verbesserungen eingeführt worden. Das Reistgewicht der Pakete soll künftig 5 Kilogramm betragen; jedoch ist für einzelne Länder, welche diese Gewichtsgrenze noch nicht annehmen können, durch das Schlußprotokoll als Ausnahme die Beibehaltung der Gewichtsgrenze von 3 Kilogramm gestattet worden. Andererseits ist für diejenigen Verwaltungen, welche Paketsendungen von mehr als 5 Kilogramm zu befördern in der Lage sind, die Abschließung besonderer Abkommen wegen Beförderung dieser Sendungen vorgesehn. — Die Vorschriften über die Behandlung von Postpaketen als sperrige Sendungen sind gemildert worden; namentlich werden für Sendungen, welche Schirme, Karren und ähnliche Gegenstände enthalten, keine Sperrtaxen erhoben, wenn die Länge der Sendungen 1 Meter und ihre Breite oder Dicke 20 Zentimeter nicht übersteigt. Zu erwähnen ist auch, daß Paketsendungen, deren Rauminhalt nicht mehr als 25 Kubikdezimeter beträgt, allgemein als Postpakete zugelassen sind, während bisher Sendungen von mehr als 20 Kubikdezimeter Rauminhalt u. U. von der Beförderung ausgeschlossen werden konnten. Der nächste Postkongreß wird in Rom stattfinden.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath wird, wenn er, wie es wahrscheinlich ist, Ende September oder Anfang Oktober wieder in Berlin zusammentreten sein wird, auch zwei Verwaltungsmaßnahmen von größerer Bedeutung zu treffen haben. Die „V. P. N.“ schreiben hierüber: Die eine bezieht sich auf die Handwerksorganisation. Während bereits wegen der Errichtung von Handwerkskammern einleitende Schritte seitens der Verwaltungsbehörden haben unternommen werden können, haben die Arbeiten bezüglich der Zwangsinnungen noch ruhen müssen. Es kommt hier zunächst darauf an, ein auf grund der gesetzlichen Bestimmungen ausgearbeitetes Normalstatut zur Unterlage zu erhalten, und es wird die Aufgabe des Bundesraths bald nach seinem Wiederzusammentritt sein, ein solches anzuarbeiten. Die Vorbereitungen dazu sind natürlich innerhalb der zuständigen Stellen der Reichsverwaltung schon lange im Gange, und es darf als sicher angenommen werden, daß das Statut eines der ersten Vorlagen für den Bundesrath im Herbst bilden wird. Ist das Statut fertig, so wird man auch an die Zwangsinnungs-Organisation näher herangehen können. Dabei werden sicherlich noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein, jedoch hofft man bei allseitigem guten Willen bald darüber hinwegkommen zu können. Die zweite größere Verwaltungsaufgabe, die dem Bundesrath obliegen wird, bezieht sich auf das Auswanderungsgesetz. Das Gesetz soll am 1. April 1898 in Kraft treten. Vorher würden einige der im Gesetze dem Bundesrath übertragenen Aufgaben gelöst werden müssen. Dazu gehört vor allem der Erlass von Vorschriften über die Beschaffenheit, Einrichtung, Ausrüstung und Verproviantirung der Auswandererschiffe, über die amtliche Befestigung und Kontrolle dieser Schiffe, ferner die ärztliche Untersuchung der Reisenden und der Schiffsbesatzung vor der Einschiffung, über die Ausschließung kranker Personen, über das Verfahren bei der Einschiffung und über den Schutz der Auswanderer in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Dazu dürfte aber wohl auch später die Aufgabe kommen, die Mitglieder des sachverständigen Beiraths zu wählen, welcher dem Reichs-Langler zur Mitwirkung bei der Ausübung der ihm auf dem Gebiete des Auswanderungsweises zustehenden Befugnisse zur Seite gestellt werden soll. Diese Wahl brachte allerdings erst im Winter zu erfolgen. Es wäre aber höchst zweckmäßig, wenn die Ausführungsanweisung zum Auswanderungsgesetz, schon damit die Interessenten sich darauf vorbereiten können, möglichst frühzeitig veröffentlicht würde. Man darf deshalb wohl darauf rechnen, daß auch der Entwurf zu dieser Anweisung dem Bundesrath bald nach seinem Wiederzusammentritt zugehen wird.

An der Fortexistenz des Handwerks will die „Kreuzztg.“ noch nicht zweifeln, aber glänzend findet sie das Resultat auch nicht, zu dem sie bei einer Betrachtung der Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik über die Lage des Handwerks kommt. Sie findet nämlich heraus, daß diejenigen Handwerke, denen es vergleichsweise noch passabel geht, solche sind, die mit größerem Betriebskapital arbeiten. So lobt sie die günstige Lage der Schlichtermeister, muß aber konstataren, daß ein kleinerer Betrieb in Leipzig 2400 bis 3200 M. Anlage- und Betriebskapital erfordert, ein mittlerer ca. 14000 M. und ein großer Schlächtereibetrieb 53000 bis 83000 M. Ebenso konstatiert sie die günstige Lage der Leipziger Seifenfabriek, schreibt aber dazu: „Was namentlich die Leipziger Mittelbetriebe ganz besonders lebensfähig macht, ist ihre gute kapitalistische Fundirung, welche ihnen erwidrigt, gegen baar und im großen zu kaufen.“ Bei anderen Gewerben sieht sie dagegen auf entschiedenem Niedergang. In der Hutmacherei hat der Großbetrieb fast das ganze Produktionsgebiet an sich gerissen, und die alten „Meister“ gehen allmählig zum Guthandel mit Fabrik-Waare über. Nchlich in der Töpferei. Aus dem Bericht über die Schuhmacherei in Rostowm zitiert sie die folgende Stelle aus dem Bericht: „Frage man sich nun, ob es möglich ist, daß die noch existirenden Schuhmacher sich selber werden helfen können, so muß ich dies von meinem Standpunkt aus verneinen; denn erstens sind die, welchen einige Mittel zur Verfügung stehen, zu alt (die jungen und unbedeutenden Schuhmacher sind Fabrikarbeiter), und zweitens würde eine etwaige Vereinigung am gegenseitigen Reid und Mißtrauen scheitern, und weiter: Die Zukunft der hiesigen Schuhmacher gestaltet sich nach meiner Beobachtung folgendermaßen: So lange die Fabrik lohnende Beschäftigung bietet, Jugend und Arbeitskraft andreich, hat der Fabrikarbeiter ein besseres Loos als der kleine selbständige Schuhmacher. Der jetzt noch selbständige Theil wird zum größten Theil aufhören, als Schuhmacher zu existiren.“

Also den kapitalistisch betriebenen Gewerben geht es gut, und die andern geben zu Grunde! Für und sind diese Resultate nicht neu; aber nachdem auch die „Kreuz-Zeitung“ diese Thatfachen hat konstataren müssen, wird diesem Blatt in Zukunft die Beschäftigung mit seiner Lieblingsaufgabe doch recht schwer werden, die nämlich darin besteht, unentwegt zu behaupten, dem Handwerk fehle weiter nichts, als der Zunftzwang und der Beschränkung der Konkurrenz.

Beschränkung in der Anwendung des groben Unzufugparagaphen? Aus Dortmund wird gemeldet:

In dem benachbarten Brackel denahm sich ein junger Mann sehr ungezogen gegen seine Mutter, die er beschimpfte, wobei er so lärmte, daß es die Nachbarn hören konnten. Ein Werdnar verhalf dem jungen Manne zu einem Strafmandat von 3 M. wegen Verübung groben Unzugs. Der Verurtheilte beantragte gerichtliche Entschädigung. Der Anwalt beantragte im Termin die geringste zulässige Strafe von 1 M., da es sich um einen häuslichen Zwist handle. Der Angeklagte erklärte sich mit dieser Strafe einverstanden. Das Gericht sprach denselben frei. Hierbei bemerkte der Vor-

figende, daß der Justizminister eine sparsamere Anwendung des großen Unfugparagrafen empfohlen habe. Grober Unfug liege nur vor, wenn die Öffentlichkeit durch eine Handlung belästigt werde. Dies sei hier nicht der Fall gewesen. Es sei die höchste Zeit, daß man mit dem Bestreben, alles, was man sonst unter die gesetzlichen Strafbestimmungen nicht fassen könne, unter den großen Unfugparagrafen bringen, ein Ende mache.

Das Klingt ja sehr vernünftig, wenn wir auch die Befugnis des Justizministers zu solchen Anordnungen nicht kennen und meinen, daß es zu spät sein dürfte, dem Unfug, der mit dem großen Unfugparagrafen hier und dort getrieben wird, mit Erfolg zu steuern.

Oesterreich.

Wien, 28. August. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 24. d. M., durch welche die Geltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juli 1896, betreffend die zeitweise Abänderung des Zuckerverkehrs-Gesetzes, für die Zeit vom 1. August 1897 bis zum 31. Juli 1898 festgesetzt wird.

Wien, 28. August. Ein für Sonntag auf den Ringplatz in Schrudum einberufenen tschechisches Meeting wurde, wo hiesige Blätter meiden, von der Bezirkshauptmannschaft verboten. Die Gleichheit vor dem Polizeistock hat Baden für Deutsche und Tschechen.

Für eine starke Vergrößerung der Flotte sucht man auch in diesem Dreibundstaate Stimmung zu machen. Man fordert Neubau von Schiffen und erklärt alle vorhandenen Kriegsschiffe für eher schädlich als nützlich. Wie weit diese Bestrebungen mit den Anforderungen des Bündnisvertrages zusammenhängen, wissen wir nicht. Sicher ist, daß für weitläufigere Marinepläne und für kolonialpolitische Abenteuer, die ja auch in Oesterreich ihre Fürsprecher haben, sehr wenig Stimmung vorhanden ist.

Frankreich.

Die Bureaukratisierung Frankreichs. Einer Statistik, welche neulich von dem Nationalökonom Turquan mitgeteilt wurde, entnehmen man den ziffernmäßigen Beweis, daß die Zahl der Staatsbeamten in Frankreich sich seit einem halben Jahrhundert, von 1846—1896, mehr als verdoppelt hat. Die Ausgaben sind noch im höheren Maße gestiegen, nämlich von 245 Millionen jährlich auf 618 Millionen, während der Staat im Jahre 1846 188 000 und im Jahre 1896 408 000 Beamte zu besolden hatte. 1858 waren es schon 217 000, 1873, also 3 Jahre nach dem Sturze des Kaiserreichs, 265 000 und 1886 390 000. Zu den 618 Millionen kommen jetzt noch 45 Millionen für Pensionen, abgesehen von 25 Millionen, die aus den vorchristmässigen Gehaltsabzügen bestritten werden. Von den 408 000 Staatsbeamten beziehen 158 000 unter 1000 Fr. jährlich, 600 von 10 bis 12 000, 400 von 12—15 000, 163 16—18 000 Fr., 362 16—20 000 und 321 über 20 000. Das jährliche Personal hat das Unterrichtsministerium, 125 000. Dann folgen die Finanzen mit 80 333, die Post- und Telegraphen mit 69 000, die Kulte mit 42 956, die Marine mit 21 000 Zivilbeamten, das Ministerium des Innern mit 17 221, die Justiz mit 15 000, das Kriegsministerium mit 7558 Zivilbeamten, die Kolonien mit 4389, die Forstverwaltung mit 4000. Das riesige Anschwellen des Beamtenkörpers fällt umlohnend auf, als bekanntlich die Bevölkerung Frankreichs im Rückgang begriffen ist.

Italien.

Ueber den Sozialismus im italienischen Heere wurden vor einiger Zeit in bürgerlichen Blättern gefühnvolle Andeutungen gemacht. Bei dem in Padua garnisierenden 88. Infanterie-Regiment sollte eine große sozialistische „Verschwörung“ entdeckt worden sein; man sprach von Massenverhaftungen, Selbstmorden, Deportation und ähnlichen schaurigen Dingen. Nach den neuesten Feststellungen — wir folgen einem Referat der streng monarchisch gesinnten „Tribuna“ — schrumpft jedoch die große Sozialisten-Verschwörung ganz gewaltig zusammen, so daß weiter nichts übrig bleibt als ein ziemlich harmloser Briefwechsel zwischen mehreren Genossen und ein trasser Fall von — Soldatensubversion. Hier der authentische Sachverhalt: Das Organ der Paduanischen Sozialisten, „Eco dei lavoratori“, brachte in seiner Nummer vom 10. Juli ein Entreelet, in welchem folgendes mitgeteilt wurde: In einem glühend heißen Junitag d. Z. habe das 88. Infanterie-Regiment einen Dauermarsch von 27 Kilometern gemacht. Der Soldat Magni, ein schwächlicher Mann, sei vor Ermattung zusammengebrochen und habe erklärt, daß er nicht weitergehen könne. Ein Offizier habe ihn jedoch mit dem Regen bearbeitet und mit strengem Arrest bedroht, wenn er sich nicht sofort vom Boden erheben würde. Darauf habe sich Magni mühsam bis zur Kaiserne geschleppt. Aber erst am nächsten Tage habe ihn der Regimentsarzt für krank erkannt; dann ließ man nach einem Tag vergehen, ehe man ihn ins Hospital schickte, wo er drei Tage darauf einer Lungenentzündung erliegen ist. Ob wohl eine Untersuchung eingeleitet werden wird? fragte das „Eco“ neugierig. Eine Untersuchung wurde nun allerdings eingeleitet, aber nicht etwa gegen die Soldatensubvertoren, sondern — wie das auch anderswo vorkommen soll — gegen die Urheber des Entreelets. Der Kommandeur des 88. Regiments wollte durchaus wissen, aus welcher Quelle das „Eco“ geschöpft habe. Diese Quelle konnte nur in der Kaserne selbst „rielsin“. Daß die Nachricht in allen Punkten richtig sei, wurde selbst von regierungstreuen Blättern zugegeben, die sich nur bemühten, den Sachverhalt offiziell zu „verschönen“ und dem „Eco“ einzelne Unkorrektheiten nachzuweisen, was ihnen aber nicht gelang. Das „Eco“ setzte den unternommenen Feldzug gegen die Soldatenpländereien tapfer fort, und das Ende vom Liede war, daß an einem Sonntag, hell und klar, während das Regiment im Kasernenhofe in Paradeausstellung stand, sämtliche Offiziere des Regiments unter Führung des Obersten Sancio sämtliche Kasernenräume durchsuchten, verschlossene Schubfächer erdrachen, Soldatenbriefe öffneten, alles drunter und drüber warfen, um den Urheber des „Eco“-Vertrichts zu erfassen. Diesen fand man nun freilich nicht, aber etwas wurde doch gefunden. Wenige Minuten später wurde der Soldat Silvio Corio von der 11. Kompanie feierlich aufgefordert, die Mütze und das Seitengewehr abzugeben und in Arrest zu wandern. Man hatte nämlich in seinem Schubfach einige Briefe ergattert, die von romagnolischen Sozialisten geschrieben waren und „Instruktionen“ (?) für den Fall enthielten, daß das 88. Regiment nach der Romagna geschickt würde, wo gerade ein Streik ausgebrochen war. Corio wird wahrscheinlich einer Strafkompagnie zugeteilt werden, obwohl die bei ihm gefundenen Briefe, wie selbst die „Tribuna“ zugiebt, durchaus nicht kompromittierend waren. Was aber wird aus dem traurigen Fall Magni? so fragen „Tribuna“ und „Eco“ vereint. Den hat man inzwischen ganz aus den Augen verloren, man will ihn einschleusen lassen, und die Vorgesetzten des fürs Vaterland geforderten Soldaten rufen sogar die Hilfe des Staatsanwalts an, damit er gegen das „Eco“ strafrechtlich einschreite, fernermal das Publikum sich um „militärische Angelegenheiten“ gar nicht zu kümmern habe.

Norwegen.

Die Arbeitererzähllichkeit der norwegischen „Sinken“. In der norwegischen Zollpolitik herrschte in den letzten sechs Jahren das Freihandelsystem. Entsprechend seinem bedeutenden Schiffverkehr aus fremden Ländern, einem der bedeutendsten norwegischen Erwerbszweige, der jährlich 100 Millionen Kronen einbringt, war der Freihandel ja auch das einzig vernünftige System. Nach 1892, als man überall in Europa bereits im Fahrwasser des Schutzzolles segelte, erreichte ein derartiger Vorschlag im Storting nur vier Stimmen!

In Schweden ging es gerade umgekehrt. Hier schau die konservative Parlamentsmehrheit immer höhere Zölle, namentlich agrarische. Das berührt Norwegen nicht, so lange das „Zwischenreichsgesetz“ bestand, das den eigenen Produkten beider Länder Zollfreiheit gewährte. Dann wurde dieses aber von Schweden aufgehoben und nun begann auch in Norwegen eine Schutzoll-Bewegung, deren Resultat das kürzlich angenommene neue Zollgesetz ist.

Während die norwegische Industrie sich in den letzten Jahrzehnten mächtig entwickelt hatte und durchaus konkurrenzfähig war, hatte die Landwirtschaft gar keine Fortschritte gemacht. Man hält mit acht bauernhafter Jährligkeit an der alten Kulturweise fest und kümmert sich nicht um „die neumodischen Erfindungen“. Dieser ständige Rückgang gab den Bauern, wie überall, den Gedanken ein, sich durch Schutzzölle zu helfen. Es entstand der agrarische „Bauernverband“, der ein großes Nothstandsgeschrei erhob. Dazu kam, daß die Großindustriellen die Gelegenheit benutzten, sich auch ein paar Zöllechen als Ertrag schenken zu lassen und daß die Rechte hoffte, die Beseitigung des progressiven Einkommensteuergesetzes dadurch erreichen zu können. Endlich stehen die Wahlen bevor, darum hielt es auch die Sinks für gut, um die Stimmen der Bauern zu werben.

So belegt denn das neue Gesetz fast alles, was im Lande fabrizirt wird, ja sogar das, was „fabrizirt werden sollte“ (wie in der Kommission gesagt wurde) mit Zöllen. Besondere Erbitterung erweckt in der arbeitenden Bevölkerung der Speckoll (10 Dero pro Kilogramm), da der eingeführte amerikanische Speck für die Arbeiterbevölkerung unentbehrlich ist. Der Zoll wurde mit Zustimmung von 32 „Sinken“ (10 städtischen und 22 ländlichen) angenommen. Hoffentlich hat dieses Verhalten der „demokratischen“ Sinken die eine gute Wirkung, die Arbeiterbewegung in Norwegen zu fördern.

Affien.

Die Nachrichten aus Indien lauten heute für die Engländer wieder sehr ungünstig. Der Aufstand scheint sich auszuweiten; über die Haltung Afghanistans kommen bedeutende Nachrichten, die telegraphischen Verbindungen sind zum theil unterbrochen und die Post greift wieder weiter um sich.

Afrika.

Sansibar, 27. August. König Mwanga hatte am 6. Juli Uganda heimlich verlassen, um eine Erhebung im Sudabegirke gegen die Regierung zu organisieren. Der Vizekommissar Major Terrian schlug die Streitkräfte Mwanga's am 20. Juli. Der König floh danach auf deutsches Gebiet und ergab sich den deutschen Behörden, von welchen er festgehalten wird. Später wurde die Ordnung in ganz Uganda wieder hergestellt. Es besteht die Absicht, den unmündigen Sohn Mwanga's zum König zu erklären und eine Regentschaft einzusetzen.

Amerika.

New-York, 25. August. Der Schooner „Moonlight“, welcher 60 Fahrgäste an Bord hatte, die nach Klondyke wollten, ist in Seattle von einem Regierungs-Inspektor angehalten worden. Dieser erklärte den Goldgräbern „in spe“, daß gar keine Aussicht bestünde, daß sie die Goldfelder von Yukon erreichen würden. Wer nicht gehörig ausgerüstet, dem soll die Weiterfahrt überhaupt nicht erlaubt werden. Im engen Chilcot-Paß sind schon 500 Pferde die Felsen hinabgestürzt und es sind ihnen die Beine gebrochen. In Dyea häufen sich die anlangenden Effekten der Goldsucher berghoch an. Obst, Getreide und Bibeln dürfen zollfrei von Canada eingeführt werden. Alle sonstigen Artikel müssen Zoll zahlen. Viele Goldsucher haben nicht Geld genug, um den außerordentlich hohen Zoll zu zahlen.

Die wahren Verhältnisse auf Kuba werden recht drastisch beleuchtet durch eine Korrespondenz, die dem „Daily Chronicle“ aus Havana zugeht und der wir das folgende entnehmen: Die Volkstimmung bis weit hinein in spanisch-konservative Kreise wehrt sich immer mehr gegen den General Weyler beziehentlich gegen die Madrider Politik, die er vertritt. Der General, der ausgezogen war, um die „Rebellen“ gegen die Trocha zurückzuwerfen, und sie zu vernichten, mußte ihnen bekanntlich weichen und die Truppen des Gomez drangen siegreich bis Matanzas vor. Niederlage auf Niederlage der spanischen Truppen folgte und die Kritik des spanischen Regiments wurde immer lauter. Weyler versucht es jetzt abermals, die Truppen in den Hauptprovinzen zusammen zu ziehen, aber die ausgegorenen Soldaten kommen täglich nur wenige Stunden vorwärts; mit diesen sind entscheidende Bewegungen nicht auszuführen, der Stabschef der Insurgenten, General Carrillo, der dieser Lage den spanischen General Molina angegriffen hatte und der Uebermacht hatte weichen müssen, hätte durch eine Armee, die ihn in Eilmärschen verfolgt hätte, in eine recht schlimme Lage gebracht werden können. Die ausgehungerten und schlecht gekleideten spanischen Soldaten konnten ihm keinen Schaden zufügen. General Carrillo war früher spanischer Artillerie-Offizier; als er dazu kommandirt wurde, gegen sein Geburtsland zu fechten, quittirte er den Dienst und schloß sich den Insurgenten an. Wie er, so gingen viele Hunderte Offiziere und die Soldaten gegen die Insurgenten über. Gegen den Vorwurf, daß er gegen Spanien kämpfe, protestirt Carrillo entschieden; nur gegen die „kubonische Korruption“ wende er sich und gegen die „politischen Abenteuer, welche Kuba ausplündern und zu grunde richten“.

Die Insurgenten machen, auch wenn sie bis und da jurädgeworfen werden, immer erneute Vorstöße und selbst die Hauptstadt Havana ist vor ihnen nicht mehr sicher. Vor kurzem hatten die Insurgenten mehrere Forts erobert und eine besetzte Stadt nördlich von Havana eingenommen, wobei ihnen erhebliche Mengen Lebensmittel, welche die Spanier selbst so nötig gebrauchen, in die Hände fielen. Stundenlanger Kampf gehörte dazu, um sie aus diesen Stellungen wieder zu vertreiben. General Weyler will nun eine große Trocha (Lanzgraben, Verbaue) um die Hauptstadt ziehen lassen, damit diese wenigstens vor den Insurgenten gesichert bleibe.

Diese wenigen Details mögen genügen, die angeblichen „Siege“ der Spanier ins rechte Licht zu setzen. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ faßt sein Urtheil schließlich dahin zusammen: „It is also entirely fair to say, daß es den Insurgenten gelingen wird, die Spanier durch Wassengewalt von der Insel zu vertreiben, so steht auf der anderen Seite ebenso fest, daß die Spanier den Aufstand nicht zu unterdrücken vermögen. General Weyler verlangt jetzt wiederum 40 000 Mann, um gegen die große Trocha vorzurücken, wo in der That schon das „freie Kuba“ begründet ist. Die Madrider Regierung sollte ernstlich mit sich zu Rathe gehen, ehe sie noch weiter Laufende von Soldaten dem sicheren Tode durch Boden und das gelbe Fieber entgegenstelt. Wenn 250 000 Mann in zwei Jahren nicht im Stande waren, die zwei verhältnismäßig kleinen und ziemlich kulturellen, von vielen Eisenbahnen durchzogenen Provinzen Havana und Matanza von den Insurgenten zu säubern, welche Aussichten sollten sie dann haben, in die noch unerforschten Gegenden vorzudringen, wo die Insurgenten tatsächlich herrschen. Dabei wird nicht bloß physisch der spanische Soldat immer leistungsunfähiger, auch seine Disziplin geht zum Tausel. Mord, Diebstahl und Raub sind an der Tagesordnung und die Offiziere haben auf Mannschaften, die schon seit 8 Monaten keinen Sold mehr erhalten haben, allen Einfluß verloren.“

Von Interesse ist schließlich noch, was der Berichterstatter über den Ankauf der Ländereien durch europäische Kapitalisten oder Kapitalistenkonsortien mittheilt. Deutsche Sympatiker seien es namentlich, welche große Ländereckern an sich brächten. Die Besitzer, die infolge der langjährigen Kämpfe nichts mehr erndten konnten, sind nicht mehr im Stande, die Grundstücke zu halten. Die ausländischen Kapitalisten aus dem monarchischen Deutschland und die Zuckerbarone des „freien Amerika“ haben dabei in gleicher Weise gehandelt; sie haben sich für alle Eventualitäten gesichert, indem sie sich vergewisserten, daß ihre Eigentumsrechte sowohl von der königlich spanischen Regierung, als auch von der etwa kommenden republikanischen des „freien Kuba“ anerkannt werden.

Zur Ermordung des Präsidenten in Uruguay, Generals Borda, erhält die „Int. Kor.“ von einem hiesigen Vertreter einer südamerikanischen Republik folgende Aufschlüsse: Wer die Vorgänge in und um Uruguay seit zwei Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird darin ein hervorragendes Kennzeichen

finden: den unaufhaltamen Drang Argentiniens, mit seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Wiedererwartung auch seine politische Machtstellung in Südamerika zu erweitern. An einen Vorstoß gegen seinen gefährlichen Rivalen Chile denkt man im Augenblick in Buenos-Ayres nicht, obgleich das schon mehrfach ausgetretene Streben, einen Zugang zum Stillen Ozean zu gewinnen, noch keineswegs vergessen ist. Auch sucht man gerade deshalb von argentinischer Seite die schon seit vier Jahren mit Chile gepflogenen Verhandlungen betreffs genauer Absteckung der Grenzlinie in den Nordbergen immer durch neue Einwände hinzuziehen, um nützlichfalls einen Grund zum Angriff auf Chile zu behalten. Dies weiß man in Chile sehr wohl, und deshalb sind die verschiedenen militärischen Verteidigungsmassnahmen Chiles längs der Nordbergengrenze nicht allein gegen die Krauconer, sondern auch gegen Argentinien gerichtet. Doch die jetzigen Blide der Großmachtpolitik in Buenos Ayres richten sich nach der Ostküste Südamerikas. Die südliche Hälfte der Kaplata-Mündung ist ihnen als Zutritt zum Weltmeere zu wenig, deshalb wünschen sie sich an der Küste nordwärts auszudehnen, deren Gebiete sie nur als das natürliche Vorland des mittleren Argentinien ansehen. Urden Uruguay und die brasilianischen Südstaaten Rio Grande do Sul und Santa Catharina Argentinien einverleibt werden, so wäre dies eine sehr vortheilhafte „Ab-rundung“ für die Kaplata-Konföderation; und deshalb unterstützt man seit mehreren Jahren von Buenos Ayres aus jede ausländische Bewegung in diesen Ländern. In Südbrasilien ist allerdings vor zwei Jahren der von der argentinischen Grenze aus geleitete Aufstand mit Mühe noch einmal unterdrückt worden, aber gegenwärtig hat die wirtschaftliche und finanzielle Krise in Brasilien einen recht bedeutlichen Umfang angenommen, und außerdem sind in den Nordstaaten die brasilianischen Bundesstruppen von den Aufständischen mehrfach geschlagen worden. Das in Buenos Ayres bestehende Aktionskomitee der Separatisten des Staates Rio Grande do Sul dürfte daher schon in den nächsten Wochen die ausländische Bewegung in Südbrasilien wieder in Gang gebracht haben. — Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch der Aufstand in Uruguay zu beurtheilen. Bisher hatte General Borda zur Bewältigung desselben eine für Uruguay sonst unbekannt Heeresmacht von 4000—5000 Mann ins Feld geschickt, allerdings nicht auf einmal, sondern nach und nach. Aber seit fünf Monaten haben diese Regierungstruppen nur Niederlagen und schwere Verluste erlitten, während die Aufständischen durch das Revolutionskomitee in Buenos Ayres stets neue Unterführungen erhielten und ihnen von argentinischer Seite sogar Blühdampfer zur Beförderung von Mannschaften und Waffen zur Verfügung gestellt wurden. So mußte schließlich die Regierung von Uruguay bei der argentinischen Regierung um deren Vermittelung bei dem Revolutions-Komitee in Buenos Ayres nachsuchen, und die letztere setzte es durch, daß General Borda mit den Abgeordneten des Komitees in Montevideo förmliche Friedensverhandlungen führen mußte. Die Aufständischen aber forderten nicht weniger als den Rücktritt Borda's, und da diese Bedingung abgelehnt wurde, so begann der Kampf von neuem, und General Borda fiel durch Mörderhand. Die Folge dieser That aber wird die Verschärfung des Bürgerkrieges sein, in welchem unzweifelhaft die von Argentinien unterstützte Revolutionspartei den Sieg davontragen wird, deren Endziel aber ist die Vereinigung mit Argentinien. — In Südamerika kann gegen diese Großmachtgefühle Argentinien nur eine Macht einen thatkräftigen Einspruch erheben, das ist Chile. Aber gerade jetzt hat die Regierung von Peru erklärt, sie sei in der Lage, ihre nach dem letzten Kriege an Chile abgetretenen Südprowinzen „zurückzutauschen“. In Chile jedoch stellt man heute für einen solchen Rückkauf ganz andere Bedingungen, so daß sich wohl bald auch ein chilenisch-peruanischer Konflikt ergeben wird. Und diese Verlegenheit des unbeherrschten Nachbarn wird man offenbar in Buenos Ayres nach Kräften auszunutzen suchen.

Das liberale Kabinett von Chile will die Konversion der Staatsanleihen einführen und Schutzollpolitik treiben.

In unserem Leitartikel „Auf Kosten der Arbeiter“ ist die Landwirtschafts-Gesellschaft mit dem Landwirtschafts-Rath verwechselt. Letzterer hat die von ihm jetzt eingeschlagenen Wege auch früher gewandelt, er war stets hochschulpflichtig, hat er doch auch das Getreide-Einfuhrverbot empfohlen. An dem Inhalt des Artikels ändert dies im wesentlichen nichts.

Partei-Nachrichten.

Für Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen sprach im Sozialdemokratischen Wahlverein in Blumenau in Schlesien der Parteigenosse Krähig. Die Versammlung nahm die Ausführungen mit Beifall an.

In Herbolzn wurde in einer Parteiversammlung nach dem Vortrag Dr. Lütgenau's eine von Raue beantragte Resolution gegen die Wahlbetheiligung abgelehnt und dann beschloß man auf Antrag Lütgenau's das folgende: „Die Versammlung erkennt in der beginnenden Neigung zur Theilnahme an den Landtagswahlen einen Fortschritt. Sie erklärt sich für Theilnahme dort, wo Aussicht ist, einen sozialdemokratischen Kandidaten durchzubringen, und hält zu diesem Zweck ein Zusammengehen mit anderen oppositionellen Parteien für zulässig, unter strenger Wahrung der sozialdemokratischen Grundzüge.“

In Fürstentwalde a. d. Spree kam in einer Parteiversammlung im allgemeinen die Meinung zum Ausdruck, daß die Hoffnungen, die man auf die Theilnahme an den Wahlen setzt, zum theil doch etwas zu optimistisch gefärbt seien. Auch wurden schwere Bedenken gegen eine offizielle Unterstützung der liberalen Parteien geltend gemacht. Eine Resolution, worin die Aushebung des Kölner Parteitagbeschlusses und die Theilnahme an der Wahl gewünscht wird, wurde (mit geringer Majorität) abgelehnt.

In Hamburg sprach Genosse Pannitz in einer Parteiversammlung zu gunsten der Aushebung des Kölner Beschlusses. Die Versammlung erklärte, wie das „Hamb. Echo“ mittheilt, durch Beifall ihre Zustimmung.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Gegen das „Volkblatt“ für Harburg sind gegenwärtig fünf Prozesse anhängig. Davon kommen auf Genossen Theil eine Majestätsbeleidigung, eine Beleidigung des Hofenscheiders Hoffart und eine Beleidigung des Senators Tlemann, während Genosse Kaufmann zunächst gleichfalls eine Beleidigung des Senators Tlemann und sodann noch eine Beleidigung der Harburger Polizeiverwaltung auf dem Korbholz hat. Ueber die Senatorbeleidigung wird gegen beide Redakteure am 10. September vor der Stader Ferienkammer verhandelt.

In Dresden wurde dem Reichstags-Abgeordneten Genossen Geyer in einer Versammlung während seines Vortrags über die Landtagswahlbetheiligung das Wort entzogen, als er die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts kritisirte. Der Wortentziehung folgte bald die Auflösung der Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgebung. — Fingblätter für Gewerkschafts-Agitation. Unter diesem Titel hat ein in den deutschen Partei- und Gewerkschaftskreisen gänzlich unbekannter Herr Josef Schärberg soeben ein 1. Heft der 1. Serie erscheinen lassen. Dieses 1. Heft: „Wirlicher Arbeiterschick, Entwurf zu einem Programm, der internationalen Arbeiterschick gewidmet“, bringt acht Seiten leere utopische Redensarten, die in dem Schlußzeile gipfeln, in Berlin eine „Allgemeine Arbeiterschick-Gesellschaft“ zu gründen, die zu einer großen Produktiv-Gesellschaft ausgebaut werden soll, welche „der Befreiung der Arbeitmittel aus den Händen der Privalkapitalisten“ bewirkt.

Selbstverständlich — heißt es da — kann hier nur mit Millionen gearbeitet werden. Wenn man aber bedenkt, daß lediglich für die Hamburger Streiker binnen verhältnismäßig kurzer

Zeit zwei Millionen Mark aufgebracht worden sind, so kann vorausgesetzt werden, daß für eine noch wichtigere Sache ähnliche Summen auch aufzutreiben wären. Sonst müßte man an der Reife und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft zweifeln."

Der Reinertrag soll für "internationale Gewerkschaftsagitatio" bestimmt sein und als Adresse für Korrespondenzen und Geldsendungen dient der Drucker und Verleger Karl Dimmich.

Buchdrucker. Bei der heute, Sonnabend, den 28. August, stattgehabten Auszahlung der vom Verbands der deutschen Buchdrucker ausgeschiedenen Urabstimmung wurde im Gau Berlin folgendes Resultat ermittelt:

Für die erste Frage: Halten Sie die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pflanzkongresses entwickelte Thätigkeit der sogenannten Opposition gegen das Verbandsinteresse gerichtet? stimmten mit Ja: 2406 Mitglieder, mit Nein: 1201 Mitglieder.

Für die zweite Frage: Wünschen Sie, daß seitens der Verbandsleitung gegen die Verbandschädiger nach Absatz a und b im § 5 des Statuts vorgegangen wird? stimmten mit Ja: 2222 Mitglieder, mit Nein: 1417 Mitglieder.

Ungültig waren 62 Stimmen.

Die Schöneberger Holzarbeiter werden aufgefordert, am Montag den 30. d. M. bei Klein, Neresburgerstr. 7, sich einzufinden, um eine Besprechung über die eventuelle Gründung einer Verbands-Zahlstelle herbeizuführen.

Die Firma, in welcher wegen Lohnunterschieden ein Streik der Rifenmacher ausgebrochen ist, heißt nicht, wie gestern angegeben, Keiling, sondern Keiling.

Deutsches Reich.

Ein neuer Geheimbunds-Prozess steht in Aussicht und zwar wird er sich in Weuthen abspielen. Die Hauptangeklagten sind, wie der "Sächs. Arb.-Ztg." berichtet wird, der Uhrmacher Eduard Zuber, der gegenwärtige Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, der Schuhmacher Aug. Wähler und der Tischler Karl König. Die übrigen Angeklagten, deren Namen nach sämtlich Polen, sind Bergarbeiter. Die Angeklagten, die sämtlich in Weuthen und Umgebung wohnen, werden beschuldigt, an einer geheimen Verbindung teilgenommen zu haben; gegen einige von ihnen soll die Anklage auch auf Betrug lauten. Die Zahl der Belastungszeugen beträgt 17; unter ihnen befinden sich der königliche Landrichter Below, der Polizeikommissar Bender und der königliche Grenzkommissar Müller, das Hauptorgan zur Ueberwachung der politischen Bewegung des oberschlesischen Industriebezirks. Die übrigen Zeugen sind Arbeiter. Zur Orientierung über die Vorgeschichte dieses Prozesses diene folgendes: Jeder Versuch der oberschlesischen Arbeiterschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ist bisher seitens der Polizei und der Gerichte vereitelt worden. So wurde bekanntlich auch die Zahlstelle Zabrze des deutschen Bergarbeiterverbandes bald nach ihrer Begründung wieder aufgelöst. Der große Teil der ehemaligen Mitglieder blieb denn auch eingeschüchert durch die behördlichen Maßnahmen, dem Verbands fern; ein Teil suchte jedoch später wieder Fühlung mit dem Verbands zu bekommen. Diese Arbeiter wurden Einzelmitglieder und meldeten dies selbstverständlich bei der Polizei nicht an; war doch die Zahlstelle "Zabrze" gerade deswegen der Auflösung verfallen, weil sie auf Verlangen der Polizei ihre Mitgliederliste eingereicht hatte, dann und zwar deswegen als selbständiger Verein, der sich mit "Politik beschäftigt habe" und der mit anderen in Verbindung getreten sei, angesehen worden war. Diese Art der gewerkschaftlichen Organisation in Weuthen ist die Grundlage des vom Staatsanwalt angenommenen "Geheimbundes". Ueber den Prozess, der am 14. September vor dem Weuthener Landgericht stattfindet, werden wir seinerzeit berichten.

In Weimen hatte eine beim Streik in der Zute Spinnerei beifällige Arbeiterin eine andere am Arm gefaßt und ihr zugerufen, sie möge nicht zur Arbeit, sondern nach Hause gehen. In dieser harmlosen Handlung erblickte das Schöffengericht eine Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung und verurteilte die Arbeiterin zu 5 Tagen Gefängnis. Das Landgericht dagegen erkannte auf Freisprechung — selbstverständlich würden wir sagen, wenn die gegenwärtige Rechtsprechung in Deutschland nicht gerade eine Fülle von drakonischen Auslegungen des § 153 gestattet hätte.

In dem Aufstand der Leipziger Maurer nahm eine allgemeine Leipziger Arbeiterversammlung, die von etwa 2000 Personen besucht war, Stellung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die heutige Versammlung der Gesamtarbeiterchaft Leipzigs erblickt in dem Kampfe der Maurer für Verlesung der Arbeitszeit ein Mittel zur Hebung der Arbeiterschaft in geistiger, sittlicher und körperlicher Beziehung, das dem Volkswohl zu gute kommt. Sie hält es daher für Pflicht, besonders der öffentlichen Organe, alle Maßnahmen zu unterlassen, die einen für die Arbeiter günstigen Ausfall dieses wirtschaftlichen Kampfes erschweren könnten. Im Hinblick auf die Eingriffe, die auf Veranlassung von Unternehmerseite gegen die Streikenden erfolgt sind, sieht sich die Versammlung veranlaßt, die Arbeiter Leipzigs aufzufordern, die streikenden Maurer materiell und moralisch kräftig zu unterstützen, damit sie allen Anfechtungen gegenüber standhaft bleiben können, bis sie die gerechten Forderungen durchgesetzt haben."

Bei der nachfolgenden Erörterung des Themas: "Die Lohnkämpfe der Arbeiter und die herrschende Gesellschaft" wurde den Genossen Schoenland-Beipzig und Thiele-Palle von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen.

In Grimmitzschau i. S. sollte Frau Greifenberg aus Berlin in einer Leipziger Arbeiterversammlung über das Thema sprechen: "Die Arbeiterin in der Industrie und in der Familie." Die Stadtpolizeibehörde verbot jedoch die Versammlung, da nach der Ansicht, die man über die Referentin "herbeigezogen" habe, in Verbindung mit der Art des gewählten Themas angenommen werden müsse, daß der Zweck der Versammlung sei, zu Gesetzesübertretungen aufzufordern oder dazu geneigt zu machen. Die Auskunft hat man "herbeigezogen"? Ei Herzjes, die Sachsen sprechen doch sonst das reinste Deutsch! — Doch Spaß bei Seite! Die Stadtpolizeibehörde von Grimmitzschau hat vielleicht sagen wollen, die Begründung des Verbots sei an den Säuren herbeigezogen worden, was freilich auch kein Nächstes Deutsch wäre, aber sachlich vollkommen zuträfe. Frau Greifenberg hat trotz der vielen Vorträge, die sie in den verschiedensten Gegenden Deutschlands gehalten hat, noch nie eine Strafe erlitten, und deshalb liegt, soweit es sich um ihre Person handelt, nichts vor, das die Annahme berechtigt erscheinen lassen könnte, der Zweck der Grimmitzschauer Versammlung sei gewesen, zu Gesetzesübertretungen aufzufordern oder dazu geneigt zu machen.

Der Maschinenstreik in Leipzig und Berlin entstand vornehmlich deshalb, weil in Tarifabschlüssen der deutschen Buchdrucker die Forderung der Gehilfenvertreter, Normen für die Vergütung der Maschinenfehler aufzustellen, von den Prinzipalvertretern abgelehnt worden war, mit der Begründung, die Sache sei noch nicht spruchreif. Die Streiks der Maschinenfehler scheinen nun den Erfolg zu haben, daß die Prinzipalität selber die Nichtigkeit baldiger Regelung dieser Angelegenheit einzusehen beginnt. Das Organ der Prinzipalität, die "Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker", erklärt wenigstens, es erscheine jetzt wünschenswert, daß einige verbindliche Grundsätze für die Weiterbehandlung der Frage vorhanden wären.

Heber den Maurerstreik in Leipzig wird uns mitgeteilt: Am Sonnabend wurde in der Versammlung der Streikenden ausgeführt, daß der Streik unverändert fortbauert und daß die Mitteilungen der Unternehmer, daß 1500 Maurer nach den alten Bedingungen arbeiten, falsch sei. Diese falschen Nachrichten würden von den Arbeitern in der Welt geleht, um die von Leipzig abgereisten Maurer freizusetzen. Die Versammlung wurde vom überwachenden Polizeibeamten aufgelöst, als ein Redner sich nicht sofort der Wortentziehung fügte. Wegen Lokalkonvention hat das Streikbureau vom Pantheon nach Weyer's Restaurant, Leipzig, Friedrichstr. 14, verlegt werden müssen, wohin alle Zuschriften zu richten sind.

In Virnaeus kündigten am vorvergangenen Sonnabend in der Lehnung'schen Schuhfabrik mit Ausnahme der Zuschneider sämtliche Arbeiter, weil ein Arbeiter wieder eingestellt worden war, der während seiner früheren Beschäftigung in dieser Fabrik seine Mitarbeiter beim Brinzigal u. a. des Diebstahls beschuldigt hatte, und als sich diese Beschuldigung als unwahr erwies, damals entlassen worden war.

Ausland.

Der Kongreß der skandinavischen Schuharbeiter, der kürzlich in Kopenhagen abgehalten wurde, war besetzt von 19 dänischen, 6 schwedischen und 5 norwegischen Delegierten. Aus den Berichten der Delegierten ist folgendes hervorzuheben: Die gewerkschaftliche Bewegung im Schuharbeiterfach begann in Dänemark bereits 1873. Heute zählt der Kopenhagener Verband 2000, die Provinzverbände 1200 Mitglieder, die sich auf 46 Lokalvereine verteilen. In den meisten Fabriken beträgt die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden. Eine Kopenhagener Fabrik hat versuchsweise 9 stündige Arbeitszeit eingeführt. — Der schwedische Verband zählt ebenfalls 2000 Mitglieder. Auch in Schweden ist an einigen Orten ein 9 stündiger Arbeitstag eingeführt. — In Norwegen giebt es 15 Vereine mit 600 Mitgliedern. — Beschlossen wurde, einen Verband skandinavischer Schuharbeiter zu begründen. Der nächste Kongreß soll 1900 in Kopenhagen abgehalten werden.

In Christiania streiken, wie bereits durch Telegramm mitgeteilt, die Malergehilfen. Sie fordern neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes auf 50 Oere, 10 Oere mehr für Ueberstunden und 20 Oere mehr für Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeber beabsichtigen jetzt beifuss Anwerbung Arbeitswilliger sich nach Deutschland und Oesterreich zu wenden. Die Streikenden hoffen jedoch, daß die deutschen und österreichischen Kollegen sich nicht von den Versprechungen der hiesigen Malermeister verleiten lassen, nach Christiania zu kommen, um Streikbrecherdienste zu verrichten.

Der Vorstand des norwegischen Malerverbandes. Um Aufnahme in sämtliche Arbeiterblätter Deutschlands und Oesterreichs wird ersucht.

Französische Streiks im Juli. Das Arbeitsamt verzeichnete im Juli 30 Streiks mit 4179 Teilnehmern (für 28 Streiks), darunter 1600 am Bergarbeiter-Streit in Drocourt (Pas-de-Calais). Im Juli 1896 zählte man dagegen 58 Streiks mit 9718 Streikenden und die Durchschnittszahl der Julistreiks in den letzten 4 Jahren betrug 89. Von den 30 Streiks erstreckten sich 25 bloß auf je ein Unternehmen. Die größte Zahl der Konflikte (11) kommt auf die Bauindustrie, darauf folgt die Textilindustrie mit 7, die Bergwerke, die Transport- und die Metallindustrie mit je 3 und drei weitere Arbeitszweige mit je 1 Streik.

Die Ursachen der Streiks: 17 Mal Forderung einer Lohnerhöhung, einmal Abwehr gegen Lohnherabsetzung, einmal Forderung einer Arbeitszeit-Verkürzung nebst einer Lohnerhöhung, einmal Tarifstreik, fünfmal Arbeits- oder Verhältnisse-Ordnung, dreimal wurde die Wiederanstellung entlassener Arbeiter und fünfmal die Entlassung von Werkführern oder Arbeitern gefordert, darunter in einem Maurer- und Erdarbeiter-Streit im Marne-Departement und im Bergarbeiter-Streit von Drocourt die Entlassung ausländischer Arbeiter — in beiden letzteren Fällen mit Erfolg.

Die 28 im Juli beendeten Konflikte dauerten von 1 bis 18 Tagen, die 8 vorher begonnenen und im Juli beendeten Konflikte von 2 bis 94 Tage.

Der Ausgang der 36 im Juli beendeten Streiks war: 6 Erfolge, 11 Ausgleiche und 19 Misserfolge. — Der Streik der 5000 Ypouner Maurer endete nach einer Dauer von 82 Tagen mit einem sehr vorteilhaften Ausgleich, der übrigens durch direkte Unterhandlungen erzielt wurde. Die Hauptpunkte des Ausgleichs sind: 10 stündiger Arbeitstag, Minimallohn von 60 Cts. (48 Pf.) pro Stunde für die Maurer, 40—45 Cts. für die Hilfsarbeiter über 16 Jahren, 35—40 Cts. für diejenigen unter 16 Jahren, 80 Cts. für die feinen Monatsgehalt beziehend und über 15 Arbeiter leitenden Werkführer, Doppellohn für die Nachtarbeit aller Kategorien und Lohnzahlung im Bureau der Unternehmer alle 15 Tage.

Außerhalb der 30 Streiks sind zwei erfolgreiche Aussparungen zu verzeichnen, bei denen aber die Arbeiterschaft nur als Sturmbock dienen mußte. In einem Fall galt die Aussparung der Beseitigung der kommunalen Brottage, im zweiten Falle der Entlassung von zwei Zollbeamten, welche den Fischsalzereien nicht gestatteten, ausländische Fische mit zollfreiem Salz zu bearbeiten.

Von der Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. Das Generalkomitee der vereinigten Gewerkschaften (d. h. derjenigen, die an dem Kampfe für den Achtstundentag beteiligt sind) hat beschlossen, sich beschwerdefähigend an den Minister des Innern zu wenden. Ihm ist nämlich ein Schriftstück in die Hände gefallen, aus dem hervorgeht, daß die Polizei den Unternehmern Dienste leiste bei Ausführung von Streikbrechern.

Unternehmer-Verbände.

Eine Produktionsbeschränkung wollen auch die französischen Baumwoll-Spinnereien und Webereien eintragen lassen. Der "Konfessionär" berichtet darüber: Die hervorragendsten Spinnereibesitzer der Normandie traten im Lloyd von Rouen unter dem Vorhabe des Präsidenten der dortigen Handelskammer, Herrn Waddington, zusammen. Die Teilnehmer der Versammlung vertraten über 700 000 Spindeln. Zweck der Besprechung war die Erforschung der Mittel zur Beseitigung der schweren Krise, die die Textilindustrie gegenwärtig durchmacht. Die Versammlung schloß einmütig nachstehende Beschlüsse: "Es ist thöulich: 1. die Produktion der Spinnereien einzuschränken und sich darüber mit den Gegenden der unteren Normandie, des Nord, der Nieme und der Gascogne zu verständigen; 2. zu diesem Zwecke ein allgemeines Feiern am Montag jeder Woche vorzuschlagen, worauf die Arbeit an den übrigen Tagen unter den gewöhnlichen und normalen Umständen der Fabrik fortgesetzt werden soll; 3. die Periode dieses Feierns auf drei Monate von der Verständigung an festzusetzen; 4. diese Arbeitsunterbrechung auf die Industriellen anzuwenden, die Spinnereien und Webereien haben, wie auf die Spinnereien allein." Ein Ausschuss von sechs Mitgliedern wurde damit betraut, sich mit den Industriellen der anderen Gegenden ins Einvernehmen zu setzen. Sobald es zu einer Verständigung gekommen ist, wird eine neue Versammlung einberufen werden.

Soziales.

Die Grenzperre macht sich in Schlesien in geradezu unerträglicher Weise fühlbar. In Königsbrunn, so schreibt die "Rattowitzer Zeitung", ist es soweit gekommen, daß viele Arbeiterfamilien trotz des vorhergehenden Lohnstages den Sonntag ohne Fleischnahrung erleben mußten. An manchen Stellen war überhaupt kein zu bekommen, und wo noch etwas da war, wurde das Pfund mit 80 Pf. angeboten. Anstatt Speck mußten sich viele mit Rindstalg begnügen, der übrigens auch selten anzutreffen war.

Der schlesische Arbeiter wird notorisch so erbärmlich bezahlt, daß er sich ohnehin nur wenig Fleisch gönnen kann. Infolge der ewigen Grenzperren ist er genötigt, sich dieses für ihn so nötigen Nahrungsmittels noch mehr zu enthalten als sonst schon. Bevor die Regierung die Grenzen sperrt, hat sie die Verpflichtung zu erwägen, ob der Nachteil, den die Grenzbeschränkung dadurch erleidet, nicht den Nutzen überwiegt, und wenn die Sperre aus hygienischen Rücksichten wirklich notwendig ist, wie bei Viehschäden, so mag sie dafür sorgen, daß die Grenzdistrikte Fleisch aus dem Inland zu möglichst billigen Preisen erhalten.

Der Profit über alles, das ist der Grundfah im modernen Geschäftsleben. Demgemäß hat eine Anzahl kaufmännischer Vereine an den Reichstag eine Petition gerichtet, dem Antrage der Budgetkommission auf Beschränkung der Geldsendungen an Sonn- und Festtagen die Zustimmung zu verweigern.

Die Verabreichung von Diphtherie-Heilserum an unbeschnittene Kranke ist in Erfurt nicht mit der Beschränkung des Wahlrechts verbunden. Wenigstens hat die Redaktion der "Thüringer Tribüne" auf ihre Anfrage den Bescheid erhalten, daß an eine Beschränkung des Wahlrechts weder die Armen- noch die Krankenhausverwaltung bisher gedacht habe.

Gegen die Baupfandanten wenden sich eine Anzahl Regulative von Orten in der Umgebung Leipzigs. Diese Orte wollen eine Beschwelbelabgabe von 1/3 pCt. des Kaufbetrages von denjenigen Spekulationskäufen erheben, die als Zwischenkäufe nicht hypothekarisch eingetragen werden. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft genehmigte die Regulative.

Die Maurer in Nürnberg haben über 100 Baustellen einer Kontrolle unterzogen. Dabei stellte sich heraus, daß Aborte auf 54 Baustellen überhaupt nicht vorhanden waren; auf 50 Baustellen befanden sie sich in ganz schlechtem Zustande und nur auf 17 Baustellen waren sie in gehörigem Zustande. Weiter wurde festgestellt, daß im heurigen ersten Halbjahr die Zahl der Unglücksfälle auf Bauten gegen früher bedeutend gestiegen ist. Im ersten Halbjahr 1894 kamen 179 Unglücksfälle vor, in der gleichen Zeit der Jahre 1895—1897 stieg diese Zahl auf 236, 289 und 367. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß die jetzige Baufätigkeit nahezu dreimal so groß ist als im Jahre 1894. Das Material wird noch vervollständigt und auf Wunsch dem Magistrat zugestellt werden.

Versammlungen.

Im deutschen Tapezireverein (Filiale Nord) hielt Leo Schmidt einen Vortrag über den Nutzen der Gewerkschafts-tariffe. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Auflösung der Filiale und Uebertritt zum Verband der Tapezire und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Filialversammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Tapezirevereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Leipziger Kongresses einverstanden; ferner beauftragt sie den Hauptvorstand, den Verein zum 1. Oktober aufzulösen und erklärt die Versammlung sich dem Verband der Tapezire und verwandter Berufsgenossen anzuschließen. Nach Erledigung einiger Verhältnisse wurde die Versammlung geschlossen.

Weikensee. Der politische Arbeiterverein hielt am Montag, den 23. August, eine öffentliche Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse P a m m a c h e r über das Thema: "Das Recht auf Arbeit" referierte. Im Verlaufe der Diskussion wurde der mangelhafte Besuch der Versammlung gerügt und zu lebhafter Agitation für die kommenden Versammlungen angehalten.

Pankow. Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter aus der Fabrik für Eisenkonstruktion von Bretschneider u. Krüger und der Wagenachsenfabrik von Eggbrecht u. Schumann beschäftigte sich am 24. August mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen in diesen Fabriken. Besonders wurde über die niedrigen Löhne und die mangelnden Schutzvorrichtungen an den Maschinen geklagt und auch die sanitären Verhältnisse einer abfälligen Kritik unterzogen. Bei der erstgenannten Firma wird geklagt, daß der Ankleideraum sehr feucht sei und die Ratten an den von den Arbeitern mitgebrachten Speisen sich gütlich thun. Auch sei der Abzug des Rauches beim Anblasen der Schmiedefeuer sehr mangelhaft und die Klosets vor Geruch mitunter kaum zu benützen.

Bei der zweiten Firma wird besonders die mangelhafte Beleuchtung gerügt: So wird in der Dreherei bei Küchenlampen, in der Schlosserei auf drei Mann bei einer sogenannten Badikerlampe und in der Schmiede bei drei Aetherlampen gearbeitet. Auch hier sei die Ventilation nicht in Ordnung und die Waschanlage nur in Gestalt eines andrangigen Butterkabels vorhanden. Organist sind in beiden Fabriken nur sehr wenige Arbeiter. In der Diskussion wurden die vom Referenten Faber angeführten Tatsachen bestätigt. Von den Versammelten wurde für Pankow die Errichtung einer Zahlstelle noch gewünscht, weil dann ein größerer Mitgliederzuwachs für die Organisation zu erwarten sei. Nachdem noch eine Anzahl Kollegen sich in die Organisation hatten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Depechen und letzte Nachrichten.

Breslau, 28. August. (W. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Der Gesamtverkehr auf der gesperrt gewesenen Strecke Ritsch-Seidenberg ist am 27. d. M. mit Zug 467 beginnend, wieder aufgenommen. Auf der Strecke Diegnitz-Kohlfurt ist der eingleisige Betrieb über die Querebrücke bei Siegersdorf, welcher bisher nur für den Personenverkehr durchgeführt war, vom 27. d. M. ab auch für einen Teil des Güterverkehrs zur Durchführung gebracht.

Karlshöhe, 28. August. (Frankf. Ztg.) Eine aufregende Szene spielte sich vergangene Nacht zwischen zwei und drei Uhr in einem Nebenzimmer des Hotels zum Karpsen ab. Eine Anzahl Offiziere vom Regiment Nr. 111, das in Kasstalt liegt und sich hier zum Brigade-Exerzieren aufhält, saß bei einer Weinkulperlei. Bei einem Hoch auf die Frauen wollte Premierlieutenant Knoll aus unbekanntem Grund nicht mit anstoßen. Blödsinnig fing derselbe mit dem Major v. Jacobi einen Stanbal an, erging sich in Schimpfworten über seine Kameraden und das Offizierkorps und drang endlich mit gezogener Säbel auf den Major ein. Knoll war, wie der herbeigeholte Arzt konstatierte und wie von militärischer Seite ausdrücklich betont wird, von Tobucht besessen und konnte erst nach einstündigem Handgemenge, bei welchem er sich selbst mit dem Säbel am Fuße verletzete, überwältigt, festgenommen und durch Morphiumeinsprühungen und Auslegen von Eisumschlägen beruhigt werden. Er wurde sodann zur Beobachtung in das Militär-Krankenhaus gebracht. Knoll soll sich stets als ein stark nervöser Mann gezeigt haben. Die Angelegenheit wurde noch in der Nacht dem Kommandeur mitgeteilt und sofort eine Untersuchung eingeleitet.

München, 28. August. (Frankf. Ztg.) Heute Morgen 1/2 11 Uhr entgleiste in Oberandorf bei Ruhstein ein Personenzug, wobei zwei Lokomotiven und zwei Wagen umstürzten. Personen sind nicht verletzt. Der Unfall war durch falsche Weichenstellung veranlaßt.

München, 28. August. (W. Z. B.) Der Landtag ist auf den 28. September einberufen worden.

Vern, 28. August. (W. Z. B.) Der österreichische Infanterie-Lieutenant Popeskal hat sich erschossen, angeblich aus unglücklicher Liebe.

Paris, 28. August. (W. Z. B.) Der Stadtrath wird anlässlich der Rückkehr des Präsidenten Faure 100 000 Franken unter die Armen verteilen lassen.

Como, 28. August. (Frankf. Ztg.) 500 Seidenspinner legten die Arbeit nieder.

Mailand, 28. August. (Frankf. Ztg.) Nach Mitteilung der hiesigen Polizei war die bei einem hiesigen Anarchisten beschlagnahmte Bombe mit 550 Gramm Schießpulver und Nägeln geladen. Vier Arbeiter werden gerichtlich verfolgt.

Budapest, 28. August. (W. Z. B.) Am 5. September halten die Sozialdemokraten hier drei große Volksversammlungen ab, um gegen die vom Magistrat für den Empfang Kaiser Wilhelm bewilligten Kosten zu demonstrieren.

Budapest, 28. August. (W. Z. B.) Auf dem Abladequai der Donau-Dampfschiffgesellschaft erfolgte heute früh eine große Benzol-Explosion. Menschenverluste sind nicht zu verzeichnen.

Warschau, 28. August. (W. Z. B.) In der Fabrikstadt Smorgoni sind 350 Bobuhäuser und 10 Fabriken niedriger rammt. Sechs Personen sind in den Flammen umgekommen. Es soll Brandstiftung vorliegen.

Konstantinopel, 28. August. (W. Z. B.) Schakir Pascha, der Inspektor (?) für Anatolien, telegraphirt, daß die Situation in Siwas eine sehr bedrohliche sei, und ein Aufstand der Armeen bevorstehe.

Athen, 28. August. (W. Z. B.) Der französische Gesandte am hiesigen Hofe Bourde tritt morgen seinen Urlaub an.

Agier, 28. August. (W. Z. B.) Die hiesige Zollbehörde beschlagnahmte 200 Kilogramm Pulver bei dem Spanier Lorrez. Die Pulverfässer trugen den spanischen Staatsstempel.

Internationaler Kongress für Arbeiterschutz.

Zürich, den 26. August 1897. VI.

In der Nachmittags-Sitzung wurde in die Debatte über die sieben Resolutionen zum Schutz der Frauenarbeit eingetreten.

Frau Marie Billinger von der Arbeitskammer der Stadt Zürich, tritt als Arbeiterin besonders lebhaft für die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags und das Verbot der Mitnahme von Arbeit nach der Wohnung ein.

Frau Marie Bonnevial aus Paris wendet sich gegen jede Beschränkung der Frauenarbeit. Schutzesetze sind notwendig, aber sie müssen für Mann und Frau gleich sein. Rednerin plädiert für internationale Arbeiterinnen-Koalitionen.

Vorsitzender Decurtius meint, wenn die Frauenautonomie einmal durchgeführt sei, würde ein Präsident Frau Bonnevial nicht so über die Zeit hinaus reden lassen, wie er es gethan habe. (Weiterleit.)

Mrs Sullivan schildert die schrecklichen Zustände der Heimarbeit in London und fordert das Verbot der Hausindustrie.

Es werden nun einzelne Abänderungsanträge zu den Resolutionen beraten, nachdem die ersten drei angenommen sind.

Resolution 4 wird auf Antrag Sigg's so geändert, dass die Entschädigung der Arbeiterin während der Schutzzeit ihrem sonst erhaltenen Lohne entspricht.

Kuleman v. Braunschweig findet Resolution 5 in sich formell widersprüchlich. Die Sache könne nicht in einem Abschnitt über Frauenarbeit behandelt werden. Was hier verlangt werde, könne nur für weibliche Dienstboten gelten. Es muss volles Koalitionsrecht nicht nur für landwirtschaftliche Arbeiterinnen und weibliche Dienstboten, sondern für alle Arbeiterinnen verlangt werden, darin allein, dass für das Gelingen ein besonderes Gesetz vorhanden ist, ist ebensowenig etwas zu finden, wie das für Handel und Gewerbe besondere Gesetze vorhanden sind. Also nicht die Gesetze-Ordnungen, sondern der erniedrigende Inhalt der geltenden Gesetze-Ordnungen ist zu bekämpfen.

Webel giebt zu, dass die Fassung formal angreifbar ist; aber sie drückt am besten aus, was wir wollen und das ist die Hauptsache. Die Bestimmungen der Gesetze-Ordnungen sind geradezu für Sklaven verfasst. Wenn man alle erniedrigenden Bestimmungen aus ihnen streicht, dann bleibt nichts von ihnen übrig. (Weiterleit und Beifall.)

Ziffer 5 wird in der vorgeschlagenen Fassung fast einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 6 stellt Vollmar folgenden Antrag:

Der Kongress stellt in der Hausindustrie eine Beschäftigungsweise, die schwere soziale und gesundheitliche Uebel im Gefolge hat und ein großes Hindernis für die gewerkschaftliche Organisation und die Durchföhrung eines wirksamen Arbeiterschutzes bildet. Der Kongress überweist deshalb die eingehende Behandlung dieser Frage dem nächstfolgenden Kongress. — Zur Begründung weist Vollmar darauf hin, dass so, wie die Dinge in Deutschland liegen, von der Beseitigung der Hausindustrie in den kleinen Städten und auf dem Lande nicht die Rede sein könne. Wir kennen sehr wohl die Schäden der Hausindustrie und brüden sie in der Resolution aus. Möge der nächste Kongress sich eingehend mit der Frage befassen. (Beifall.)

Macdonald-London konstatiert, dass die englischen Gewerkschaftskongresse, diese als rüchständig geltenden Vereinigungen seit Jahrzehnten alljährlich die Aushebung der Heimarbeit verlangen und dadurch wesentliche Fortschritte erreicht hätten. Dieser Kongress dürfe dahinter nicht zurückbleiben, sollen diese Anstrengungen nicht Schaden leiden.

Watts-London: Nicht um Dekretierung der vollständigen Aushebung der Heimarbeit gleich morgen handelt es sich, sondern darum, festzustellen: Sind Sie oder sind Sie nicht entschlossen, alles zu thun um diese Pest zu beseitigen? Und diese Frage muß präzis mit Ja beantwortet werden, was der Vollmar'sche Antrag nicht leistet, wohl aber der Sektionsantrag.

Couch-London von der Sozialdemokratischen Föderation erklärt im Namen der englischen Delegierten, dass sie sich vom Verlauf des Kongresses enttäuscht fühlen. Gerade so wie bei der Frage der Altersgrenze für die Kinderarbeit, so hätten sie die Empfindung, als ob sie auch bei dieser Frage gleichsam einer reaktionären Masse gegenüber ständen, zu der selbstmüthig auch

die deutschen Sozialdemokraten gehörten. (Große Heiterkeit.) Er tritt für den Sektionsantrag ein.

Sieblent: Aus meiner Kenntnis der englischen Verhältnisse glaube ich sagen zu können, dass die Verfassung der Engländer auf einem Misverständnis beruht. Auch wir deutschen Sozialdemokraten sind für die Abschaffung der Hausindustrie, wir wollen auch die heutige Fabrikarbeit beseitigen, wie überhaupt die ganze bürgerliche Gesellschaft. (Weiterleit.) In Deutschland hat die Hausindustrie aber eine weit größere Ausdehnung als in England, wo sie fast nur noch als Schwitzsystem vorkommt. Für Deutschland können wir nicht einfach die Abschaffung der Hausindustrie dekretieren: wir würden uns mit einem solchen Beschluss nur lächerlich machen. (Beifall.)

Sigg-Zürich tritt für die ursprüngliche Form der Resolution der Sektion ein.

Dr. Adler-Wien: Der Antrag der Sektion und derjenige Vollmar's decken sich vielfach, und hätten die Engländer die Frage nicht angeschnitten, könnte man sich mit dem letzteren vielleicht begnügen. Da wir aber nur in der Lage sind, uns zu äußern was unser Endziel in Bezug auf die Hausindustrie ist, so müssen wir es unverblümt thun. Der Vergleich mit der Fabrikindustrie, der Liebnecht machte, stimmt nicht, weil die Hausindustrie im Widerspruch mit der technischen Entwicklung eine rückständige Betriebsform ist, die allmählich beseitigt werden kann und darum muß. Das die Deutschen diesgemäÙ so schwächen sind, verstehen wir nicht, da es sich um die Festlegung eines Ziels und nicht um einen Gesetzentwurf handelt. Die Oesterreicher werden in erster Linie für den Sektionsantrag und nur, wenn dieser abgelehnt werden sollte, für den Antrag Vollmar stimmen.

Greulich-Zürich empfiehlt den Vollmar'schen Antrag. Es ist unmöglich, die Hausindustrie von heute auf morgen abzuschaffen. Jean Sigg aus Genf tritt für den Beschluss der Sektion ein. Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Der Antrag Vollmar wird mit 70 gegen 68 Stimmen angenommen.

Ziffer 7 der Resolution wird debattelos genehmigt. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und die Verhandlungen werden auf morgen (Freitag) vertagt.

VII.

Zürich, den 27. August 1897.

Die Verhandlungen leitet heute wieder Präsident Scherrer-St. Gallen.

Zur Beratung steht der fünfte Punkt der Tagesordnung: Nachtarbeit und Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

Der Referent, der frühere Professor der Hygiene an der Universität Moskau, Professor Dr. F. Grismann behandelt zunächst die Frage der Nachtarbeit, dann die Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben, beide Fragen als Hygieniker vom hygienischen Standpunkte. Er bezeichnet die Nachtarbeit als ein Kind der kapitalistischen Produktionsweise und giebt ein ausführliches Bild über die Schutzesetzgebung gegen die Nachtarbeit in allen Kulturländern, die sich hauptsächlich auf ein Verbot, jugendliche Personen in Nachtarbeit zu beschäftigen, beschränkt. Unter jugendlichen Personen verstehen die Gesetze der meisten Länder aber auch nur die jungen Leute bis zu sechzehn Jahren. Ältere Leute dürften fast überall zur Nachtarbeit verwendet werden. Am fortgeschrittensten sei in der Richtung der Nachtarbeit die Gesetzgebung der Schweiz, am zurückgebliebensten sei sie, abgesehen von Spanien, Portugal und der Schweiz, in Amerika, wo überhaupt nur in den drei Staaten in Massachusetts, Minnesota und New-York einzelne einschränkende Bestimmungen gegen die Nachtarbeit beständen. Und doch bringe die Nachtarbeit den ganzen seinen Mechanismus, als den sich der menschliche Organismus darstelle, wie die Wissenschaft festgestellt habe, völlig in Unordnung.

In sesselloser Weise bespricht der Redner die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben. Gesundheit und Leben der Fabrikarbeiter seien gefährdet durch Unfälle aller Art, durch Ueberanstrengung, durch allzu große Hitze oder solche wechselnde Temperatur, durch Arbeit in unnatürlicher Körperstellung, durch mechanisch wirkenden oder giftigen Staub, durch Einwirkung unaltembarer oder giftiger Gase und Dämpfe. Als gesundheitsgefährlich im engeren Sinne des Wortes gelten alle diejenigen Gewerbe, in welchen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter hervorgerufen werden. Durch die Eigenschaften der zu verarbeitenden Substanzen, d. h. durch in die Luft des Arbeitsraumes übergehende Staubtheile, Gase und Dämpfe. Am

meisten zerstörend wirken die mineralischen und metallischen Staubtheile, unschuldiger sind die Staubtheile von tierischen Substanzen (Federn, Haare, Wolle etc.), noch weniger gefährlich der Staub von Pflanzstoffen. Sehr schädlich wirkt der Weisstaub, der Weisvergiftungen, Weislohl und andere Krankheiten erzeugt. Unter 800 Arbeitern wurden in acht Jahren 1108 Weisvergiftungen konstatiert. Direkt das Leben gefährdend seien die Quecksilber- und Phosphordämpfe, namentlich die Verarbeitung des gelben Phosphors. Dänemark sei das einzige Land, das für die Zündholzfabrikation den gelben Phosphor verboten habe. In der Schweiz sei ein solches Verbot nach wenigen Wochen wieder aufgehoben worden. Das mindeste, was nur zu verlangen sei, sei ein Arbeiterschutz, soweit ihn die Technik nur gestatte. Ventilation, Wasch- und Badevorrichtungen etc. Der Schutz müsse gesetzlich werden, man dürfe nicht auf das Wohlwollen der Unternehmer die Arbeiter angewiesen sein lassen. Vorläufig fehle dieser kategorische Imperativ des Gesetzes, der nur durch stetige behördliche Aufsicht wirksam erhalten werden kann. Wie in Frankreich müssten behördlich listigen der gesundheitsgefährlichen Betriebe liberal aufgestellt werden, um die Aufsicht zu erleichtern. Da einzelne Unternehmer schon freiwillig in ihren Betrieben auf eine achtstündige, ja auf eine sechsstündige Arbeitszeit zurückgegangen seien, sei ein behördlicher Einfluss auf die Verkürzung der Arbeitszeit leicht zu erreichen. Der Redner erwidert hierauf die weiter unten mitgetheilten, von der Sektion in Uebereinstimmung mit ihm festgestellten Thesen. Er sagt: Wir geben uns nicht der Täuschung hin, daß wir mit den Thesen den Gegenstand völlig erschöpft haben. Die Thesen schließen sich aber an die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, wie an die praktischen Bedürfnisse des Lebens eng an, sind auch wissenschaftlich gut begründet. Auch wenn die aufgestellten Forderungen durchgeführt sein sollten, wird es noch viel zu thun geben. Die Kongressmitglieder, welche den Thesen zustimmen, könnten das Bewußtsein mit nach Hause nehmen, daß sie zur Erhaltung des schönsten Gutes des Arbeiters, der Gesundheit, einen schönen Beitrag geliefert zu haben und eine feste Grundlage geschaffen zu haben, auf der man in Zukunft ruhig weiter bauen könne.

Die beiden Resolutionen mit den Thesen zur Nachtarbeit und der Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben lauten:

I. Nachtarbeit.

1. Nachtarbeit, d. h. Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist für Arbeiter jeglichen Alters und beiderlei Geschlechts gesetzlich zu verbieten.

Ausnahmen können nur für erwachsene Männer und nur für diejenigen Industriezweige gemacht werden, welche aus technischen Gründen auf ununterbrochenen Betrieb angewiesen sind und nur in Bezug auf diejenigen Beschäftigungen, welche einen derartigen Betrieb erforderten. Dies gilt auch für solche Gewerbe, bei denen die Nachtarbeit einen integrirenden Bestandteil des Betriebes bildet, wobei jedoch die gesammte Arbeitszeit den gesetzlichen Maximal-Arbeitszeit nicht überschreiten darf. Die Arbeiter dürfen übrigens auch in solchen Fällen nur mit ihrer Zustimmung für Nachtarbeit verwendet werden.

Dieserjenige Industriezweige, in denen aus dem angeführten Grunde Nachtarbeit gestattet wird, müssen durch das Gesetz genau bezeichnet werden.

2. Ueberzeitarbeit ist für Kinder, junge Leute beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren sowie auch für Frauen nicht gestattet. Für erwachsene Männer kann dieselbe ausnahmsweise gestattet werden, doch darf sie sich nicht auf Stunden ausdehnen, welche im Gesetz als Nachtstunden bezeichnet sind.

Ausnahmsweise und vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit darf nur dann gestattet werden, wenn der Betrieb durch unvorhergesehene Ereignisse (höhere Gewalt, Unglücksfälle) gestört worden ist und hieraus dem Unternehmer oder den Arbeitern ein bedeutender materieller Schaden erwächst.

Begen Geschäftsandrang darf Ueberzeitarbeit nicht gestattet werden.

3. Bei Industriezweigen, welcher ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern, muß in drei achtstündigen Schichten gearbeitet werden, wobei in bestimmten Zeiträumen Schichtenwechsel stattfinden soll. Um den Arbeitern eine 24 stündige Sonntagsruhe zu ermöglichen, soll an den Sonntagen eine Reserve-schicht eingeschaltet werden.

II. Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

1. Die gesundheitsgefährlichen Betriebe im Sinne dieses Referates sollen in jedem Lande auf dem Verordnungswege genau bezeichnet werden.

Die Wahrheit über das Goldgebiet in Alaska.

Angesichts des Goldfiebers, das infolge der Kunde in Alaska weite Kreise des amerikanischen Volkes erfasst hat und sich auch auf unsere Welttheil zu erstrecken droht, dürfte der so lange erwartete offizielle Bericht der Vereinigten Staaten über die Goldfelder in Alaska, der endlich veröffentlicht worden ist, von großem Interesse sein. Er stammt aus der Feder des Geologen Professor J. Edward Spurr, der als Führer einer aus Mitgliedern des United States Geological Survey bestehenden Expedition die Goldregion am Yukon einer eingehenden Prüfung unterwarf.

Das Goldgebiet hat außer seinem Reichthum an Mineralien wenig Einladendes. Während des kurzen Sommers steigen Myriaden von Mosquitos auf den gelblich-braunen Boden nieder, gleich der Pest im alten Ägypten, und in den langen Wintermonaten herrscht eine so grimmige Kälte, daß die Erdarbeiten nur an sonnigen Tagen vorgenommen werden können. Trotzdem, sagt Prof. Spurr, werden die Handwäscherinnen im Schwemmland mehr Gold an Tage fördern, als dies je in den besten Tagen Kaliforniens der Fall gewesen. Allerdings — und das ist ein Kardinalpunkt — ist zum lohnenden Abbau des in den Quarzsteinen vorkommenden Berggoldes ein reguläres Bergbau viel Maschinerie notwendig, und diese in das schwer zugängliche Gebiet zu bringen, ist vorläufig bei dem gänzlichen Mangel größerer Transportmittel ein schweres Problem.

Die Produktion Alaskas an Gold im Jahre 1896 wird auf rund 8 Millionen Dollars geschätzt. Dieser Betrag kommt jedoch aus einem Gebiet von der Größe eines Viertels der Vereinigten Staaten und wurde theils aus den Quarzsteinen, theils aus den Wäscherneien des Schwemmlandes gewonnen. Die besten Felder liegen an der südöstlichen Küste an dem zugänglichsten Theile des Territoriums, und zwar sind die bedeutendsten die große Leadwell-Mine in der Nähe von Juneau, die Minen in Berners Bay und auf der Insel Unalaska und die kürzlich entdeckte am Klondike. Alle diese können nur mittels großem Apparat und bedeutenden Betriebsmitteln ertragsfähig gemacht werden.

In der Werthschätzung des Volkes nehmen jedoch die Handwäscherneien des Schwemmlandes den ersten Platz ein, da sie, fern von jeder Zivilisation in wenig bekannten Gegenden gelegen, mit dem Nimbus des Geheimnißvollen umgeben sind. Dieses goldproduzierende Land des Innern liegt meist in der Nachbarschaft des Yukon-Flusses und einiger seiner unmittelbaren Tributäre, und zwar sind die produktivsten Distrikte bis jetzt der Forty-Mile-Distrikt im theils amerikanischen, theils britischen Gebiet, der Birch-Creek-Distrikt im amerikanischen Territorium, der Stuart-River, der Keokuk-River und kürzlich auch die Klondike- und Indian-Rivers in der Nähe von Forty-Mile.

In diesem ganzen ungeheuren Gebiet, wo mittels Handarbeit nach Gold gesucht wird, mögen sich etwa 2000 Goldgräber aufhalten, und davon die meisten im Yukon-Distrikt. Dieser umfaßt einen breiten Gürtel von goldhaltigen Flüssen und erstreckt sich über mehrere hundert (englische) Meilen in östlicher und westlicher Richtung. Durch das goldhaltige Gestein haben die Bergströme tiefe Furchen geschnitten, und in ihren Betten ist das sorgsam gewaschene Gold enthalten, so daß aus einer großen Menge sehr unwerthigen Felsgesteins stellenweise eine Quantität Kies gewonnen werden kann, die ergebnisreich genug ist, um das Wolken zu lohnen. Und nur durch die Prozedur des Auswaschens allein wird in dem ganzen Distrikt das kostbare Metall gewonnen.

In jeder dieser Furchen (gulches) ist es gestreut, noch nicht besterthe Plätze abzusuchen, deren Größe je nach dem Goldgehalt des Kieses von der Gemeinschaft der Goldgräber in dem betreffenden gulch durch Stimmenabgabe festgesetzt wird. Die Länge einer Besitztheile (claim) beträgt in der Regel etwa 500 Fuß den Strom entlang und die Gesamtbreite des gewöhnlich sehr schmalen Bettes. Der Besitztheil wird von einem für diesen Zweck erwählten minor registriert, und alle Streitigkeiten durch Stimmen in den Versammlungen beigelegt.

Um das Vorkommen von Gold im Kies zu bestimmen, wird die primitive Methode des Waschens in Pfannen angewandt. Nachdem dann die systematische Arbeit begonnen, werden aus selbstgefaßten Lämmen mäheroll Bretter geschnitten und daraus lange Schlingen-Rästen gebaut. Die Tiefe des Kieses im Boden der Gräben variiert von einem bis zu zwanzig und dreißig Fuß. Der obere Theil der Kiesfläche ist wertlos, der ergebnisreich liegt direkt auf dem Felsgestein darunter und ist gewöhnlich sehr dünn. Um zu ihm zu gelangen, muß die ganze obere Schicht weggeschaukelt werden, eine Arbeit, die oft die ganze Saison dauert. Ist der Kies tiefer als etwa zehn Fuß, dann wird seine Fortschaffung eine sehr mühsame Aufgabe. Dann kann die goldhaltige Schicht meist nur im Winter erreicht werden, wenn alles festgefroren ist, und zwar, indem man Schäfte hindurchsenkt und den gefrorenen Kies mittels Feuers aufbaut. Die so gewonnene goldhaltige Masse wird auf die Oberfläche geschafft und bei Beginn des warmen Wetters gewaschen.

Die gewöhnliche Route in das Yukon-Gebiet führt über den Chilcoot-Paß von Juneau aus, den Lewis- und Yukon-Fluss entlang bis zum Goldrevier. Die Zeit zum Ausbruch dahin ist in der Regel der April. Ein großer Theil des Weges führt über Eis, das die Seen und Flüsse in dieser Jahreszeit füllt. Der frühe Ausbruch ist zur Ausnützung der Saison notwendig, aber nicht jeder Ausbruch findet einen geeigneten Platz zum Graben, und manch' einer ist deshalb froh, gegen Lohn Beschäftigung zu finden.

Der gewöhnliche Lohnsatz im Sommer ist 10 Dollars pro Tag, aber da nur 60 Tage durchschnittlich im Sommer gearbeitet wird, ist der Gesamtbeitrag nicht so groß, als er beim ersten Blick erscheint. Die Reise über den Paß und den Yukon entlang ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten und Strapazen verbunden, besoners da alle Vorräthe getrocknet werden müssen. Der Paß selbst ist unwegsam und nur unter größten Fährlichkeiten zu kreuzen, die Seen

sind bestigen Stürmen unterworfen und gefährliche Stromschnellen in Menge vorhanden. Während des kurzen aber heißen Sommers giebt es Schwärme von Mosquitos und Mäcken, die an Bösartigkeit ihres Gleiches suchen. Die abgehärtetsten Männer werden auf dem Wege durch die Sümpfe nach den Birch-Creek-Diggings von den schrecklichen kleinen Wühlängern in einer Weile gequält, daß sie der Verzweiflung nahekommen. Um zu diesen und anderen Diggings zu gelangen, muß man die beladenen Böde durch reisende Ströme und Stromschnellen ziehen, dann durch die Sümpfe mühsam waten und über die rauhen Bergpfade mit schweren Lasten auf dem Rücken klettern. Im Winter fällt das Thermometer zu kaum meßbarer Tiefe. Dann kann wenig gearbeitet werden, und da nur diese Jahreszeit meist tiefe Dunkelheit herrscht, wird das Leben fast unträglich.

Die Kosten der Reise sind beträchtlich. Indianer müssen zu hohen Löhnen gemietet werden, um einen Theil des Vorraths oder auch alles über den Chilcoot-Paß zu befördern, und die nötige Ausrüstung an sich ist kostspielig. Bei der Ankunft in den Diggings sind Lebensmittel oft für keinen Preis erhältlich, da die Herbeischaffung immer ungewiß ist. Die Frucht von der Rüste nach den Diggings beträgt 1/2 Dollar per Pfund, so daß der Lebensunterhalt enorm theuer wird, selbst wenn man sich auf Kartoffeln zu 1 Dollar per Pfund und Speck zu 85 Cents per Pfund beschränkt. Bei einem Lohn von 10 Dollar pro Tag auf 60 Tage im Jahre sind also auf diese Weise keine Reichthümer zu sammeln. Auch ist Lohnarbeit nicht immer zu haben, da das Angebot den Bedarf stark übersteigt. Sicher ist, daß jede Fundstelle, die nicht mindestens für jeden Betheiligten 10 Dollar pro Tag abwirft, mit Verlust arbeitet. So kommt es, daß manch' fähiger und fleißiger Miner oft nicht genug erwerben kann, sich satt zu essen.

In solchen Tagen fällt es vielen sogar schwer, das Land zu verlassen, denn die beschwerliche Reise den Fluß entlang dauert 30 Tage und darüber, und Lebensmittel sind nur zu theuren Preisen zu haben. Die Fahrt den Fluß hinunter per Dampfer ist sehr kostspielig, und im vergangenen Jahre waren reichlich 150 Männer, die auf diese Weise heimkehren wollten, dazu nicht in der Lage und sind noch dort.

Unter diesen Umständen möge jeder es reichlich überlegen, bevor er sich nach dem Yukon aufmacht. Nicht einer unter hundert ist für ein Leben geschaffen, wie es die Yukon-Minen erfordern, und selbst dieser eine muß in der Minenarbeit ausgewachsen, muß stark, geduldig, von nie ermüdender Ausdauer und an ein einfaches Leben gewöhnt sein, um es am Yukon erträglich zu finden. Selbst die Ausnahmefälle von ein paar Tausend Dollars Erspatnis aus jahrelanger, aufreibender Arbeit sind kein Ersatz für solche Leiden. Hunger und Entbehrungen, Strapazen und Mäßseligkeiten, oft auch ein flehender Körper ist das Loos der meisten.

Wer aber trotz alledem sein Glück versuchen will, nehme auf alle Fälle Lebensmittel für ein bis zwei Jahre mit und thue Geld in seinen Beutel, Geld nicht nur für die Hinreise nach dem gelobten Lande, sondern auch zur Rückreise, falls er dazu gezwungen ist.

2. Die behördliche Bewilligung zur Eröffnung eines gesundheitsgefährlichen Betriebes darf nur erteilt werden, wenn alle durch das Gesetz oder auf dem Verordnungswege vorgeschriebenen Maßregeln zur Befreiung des schädlichen Momentes getroffen sind. Insbesondere ist zu verlangen, daß durch die technische Anlage, sowie durch die Art des Betriebs das Eindringen schädlicher Stoffe in die Atemluft der Arbeiter vermieden wird, soweit der jeweilige Stand der Technik es ermöglicht.

3. Kinder, junge Leute unter 18 Jahren und Frauen dürfen bei gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen und in Bergwerken zur Arbeit „unter und über Tage“ nicht verwendet werden. Dieses Verbot ist ein absolutes.

4. In gesundheitsgefährlichen Betrieben ist die tägliche Arbeitszeit unter dem gesetzlich bestimmten Maximalarbeitszeit zu halten, wobei die Verlängerung der Arbeitszeit dem Grade der Gesundheitsgefährlichkeit des betreffenden Betriebes entsprechen und die Arbeit in keinem Falle acht Stunden in Tagen übersteigen soll.

5. In gesundheitsgefährlichen Betrieben sind periodisch amtliche ärztliche Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter anzuordnen. Außerdem ist durch verantwortliche und versorgungsberechtigte Aufsichtsbeamte unter Androhung von wirksamer Strafe dafür zu sorgen, daß die nötigen Schutzvorrichtungen eingeführt und gebraucht werden.

6. Für Schädigungen an Gesundheit, von welchen die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben betroffen werden, sind die Unternehmer gesetzlich haftbar zu machen.

7. Bei außerordentlicher Gesundheitsgefährlichkeit eines Industriezweiges, wenn derselben auf keinerlei Weise technisch vorgebeugt ist, soll die Verwendung des schädlichen Stoffes verboten werden.

Der Korreferent L. Götlicher (Causanne) schließt sich den Ausführungen des Referenten an. Die Diskussion wird zunächst über die Thesen eröffnet, die sich mit der Nachtarbeit beschäftigen.

Harry Picard aus London, Vertreter der Gasarbeiter-Union, hebt hervor, daß in England die Nachtarbeit für jugendliche Personen und Frauen verboten sei. Er brauche also über den Teil der Thesen, der sich hiermit beschäftigt, nicht zu sprechen. Auch die Ueberstundenarbeit sei für Frauen und Kinder verboten; doch kommen sie noch häufig genug in der Heimindustrie, in den Sweater-shops (Schweißbuden) vor, wo sie sich jeder Kontrolle durch die Fabrikinspektion entziehen. Durch die Annahme der These, die sich gegen die Ueberstundenarbeit ausspricht, setzt sich der Kongress in Widerspruch zu der gestern angenommenen Resolution, durch die nach Meinung des Redners die Heimarbeit sanktioniert worden ist. (Widerspruch.) Für viele Betriebe ist in England auch die Ueberstundenarbeit für Männer verboten, aber sie kommt noch häufig vor und die Gewerkschaften liegen in beständigem Kampf dagegen. Sie fassen dabei die Unternehmer an der Stelle, wo sie am schwächsten sind. Sie lassen die Ueberstundenarbeit zu, halten aber darauf, daß für die erste Ueberstunde ein Lohnzuschlag von 50 pCt., für die zweite von 100 pCt. erhoben wird. Wo aus technischen Gründen ununterbrochener Betrieb nötig ist, ist die achtstündige Arbeitsschicht vielfach eingeführt, so für Gasarbeiter und Eisenbahnangestellte. Aber sie ist noch nicht überall durchgeführbar. Das Ideal der englischen Arbeiter bleibt der Achtstundentag, für den die Maschinenbauer eben im großartigen Kampfe stehen. Der englische Arbeiter wird so oft ein Reaktionsär genannt, weil er jederzeit bereit ist ein wenig zu nehmen. Im Namen des englischen Proletariats versichert Redner, daß es in Sachen des Achtstundentages sich auf keinen Kompromiß einlassen wird. (Beifall.) Wenn im Parlamente keine Majorität für den Achtstundentag zu Raube kommen sollte, dann wird das englische Proletariat sehr energisch seinen Willen zum Ausdruck bringen. Schon jetzt steht es im Begriff, sich von den Liberalen zu trennen und als selbständige Klassenpartei zu konstituieren. (Beifall.) Redner kommt nochmals auf die Frage der Sonntagsruhe zurück. Der englische Sonntag sei das traurigste, was man sich denken könne. Der Arbeiter sei gezwungen, entweder in die Kirche zu gehen zu dem Bimbam der sich wöchentlich wiederholenden Predigten, oder im Bette liegen zu bleiben, oder das Wirtschaftshaus aufzusuchen. Redner schließt mit der Aufforderung, die Heimarbeit in den Bamdbereich der zu schließenden Industrien einzuschließen; ihre gänzliche Beseitigung sei das Ideal. (Beifall.)

W. A. Andy, der Vertreter der Londoner Schriftsetzer, kann sich mit dem Gemälde nicht einverstanden erklären, das vom englischen Sonntag an die Wand gemalt worden ist. Er ist bei weitem nicht so schlimm, wie er gemacht wird, und er giebt doch dem Arbeiter das Gefühl, einen Tag nicht eingespannt zu sein in die Treitmühle. Die Londoner Schriftsetzer haben die Ueberstundenarbeit als wirtschaftlich schädlich, gesundheitsgefährlich und entwürdigend auf das energischste bekämpft und erreicht, daß die Sterblichkeitsziffer der Schriftsetzer, die vor 30 und 40 Jahren erschreckend hoch war, bedeutend gesunken ist. (Beifall.)

Chaplin, der Vertreter des Gewerkschaftsraths von Leicester, schließt sich dieser Ausführung an. Besser ist der englische Sonntag mit seinen puritanischen Stille, als der kontinentale Sonntag mit seiner Werkstagsarbeit. (Beifall.) Die Unternehmer benutzen die Nachtarbeit, um die Löhne herabzudrücken. Nachdem sie kurze Zeit wegen „dringender Bestellungen“ Tag und Nacht arbeiten lassen, entsteht Ueberproduktion, der Unternehmer erklärt, den Betrieb einschränken zu müssen und nur unter der Bedingung weiterarbeiten zu lassen, daß die Arbeiter in eine Lohnreduktion willigen. Damit schließt die Debatte.

Vor der Abstimmung bittet der Vorsitzende Scherrer, alle Vorfälle und Mißfalls-Rundgebungen bei den Abstimmungen zu unterlassen. (Bravo.) Wir arbeiten alle in trennem Eifer an der Entwicklung des Arbeiterschutzes. Die Gegensätze, die vorhanden sind, sind mehr solche des Mehr oder Weniger, als solche des Ob oder des Nicht. (Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme der Thesen über die Nachtarbeit. Nunmehr wird die Diskussion über die Thesen eröffnet, die die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben behandeln.

Herbert Burrows (London S.-D. F.) Wir rühmen uns des Fortschritts und der Barbarei zur Zivilisation und doch sind selber nie so ungesund und gefährliche Betriebsarten wie jetzt betrieben worden. Redner ist Sekretär der Gewerkschaft der Händwischen-Arbeiterinnen und Schachtelmacherinnen. Das englische Gesetz that alles, um die Arbeiterin zu schützen und es wird für strenge Durchführung der Vorschriften gesorgt. Die Ventilation in den Fabriken ist vollkommen, für Waschlagenheit, Handlücken und Wärsen müssen die Unternehmer sorgen, nichts darf im Fabrikraum geblasen werden. Und trotz dieser sorgfältigen Vorschriften kommen noch beständig Erkrankungen an Phosphornekrose vor! Nur ein Radikalmittel giebt es: das gesetzliche Verbot, Gifstoffe anzuwenden. Die Industrie kann in weit mehr Fällen, als man glaubt, ohne Gifstoffe, da wo sie sie jetzt noch benutzt, auskommen. Ein zweites Mittel hat die Gewerkschaftsbewegung an der Hand, wenn sie den Verkauf von Produkten verhindert, die Gifstoffe enthalten. Redner erkannte es rückhaltlos an, daß die Heilarmee in ihren Werkstätten, wo sie beschäftigungslose Arbeiter beschäftigt, kein Gift, keinen Phosphor anwendet. — Ferner sind die zwei Parteien hier, die Anhänger der sozialen Reform und die der sozialen Revolution, in den Vordergrund getreten. Und England hat es sehr angenehm berührt, daß es nicht zu Streit und Haber gekommen ist. (Bravo.) Aber die soziale Reform kann die ungeheuren Schäden der Gesellschaft nicht heilen, und wenn die Enzyklika Leo XIII. über die Arbeiterfrage in allen ihren Forderungen von heute auf morgen durchgeführt würde, würde das Elend doch bestehen bleiben. Aber in Sachen des Arbeiterschutzes können wir eine gute Strecke miteinander gehen. Ueber dem Streit der Ansichten steht das Gefühl der Brüderlichkeit aller Menschen. Diese Brüderlichkeit ist auch das Ideal der Kirche, sie ist aber nicht zu erreichen durch Sozialreform,

sondern nur unter dem rothen Banner mit dem Schlachtrufe: Es lebe die soziale Revolution! (Beifall.)

Geopold Sonnemann Frankfurt a. M.: Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit will ich auf eine Polemik mit dem Vorredner verzichten. Es genügt, daß auch er der sozialen Reform einen Platz angewiesen hat. Von diesem Standpunkt der sozialen Reform drücke ich dem Referenten meine Zustimmung aus. Auch mit den Resolutionen bin ich vollkommen einverstanden; ich bin der Ueberzeugung, daß gerade auf diesem Gebiete Vieles und Gutes zu erreichen ist. Der Ausschuss, das internationale Arbeitsamt, das wir morgen hoffentlich beschließen werden, kann hier eine fruchtbare, praktische Thätigkeit entfalten, ohne erst auf internationale Verträge zu warten, ohne daß erst die Klinte der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern bewegt wird. Das Arbeitsamt kann Berichte aus den einzelnen Ländern über die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben einfordern, zusammenstellen, vergleichen, die Fortschritte konstatieren und den einzelnen Behörden und Arbeiterorganisationen davon Mitteilung machen. Schwere Mißstände werden sich so ohne weiteres beseitigen lassen, zumal wenn man die Oeffentlichkeit in Anspruch nimmt, die schon viel auf diesem Gebiete erreicht hat. In den letzten Jahren ist manchen Parteien das soziale Gewissen geweckt worden, und ich hoffe, daß dieser Kongress viel dazu beitragen wird, daß wir vorwärts kommen! (Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Die einzelnen Thesen werden einstimmig angenommen; der zweite Abzug der fünften These, der die Fabrikinspektion berührt, wird ausgeschrieben und soll beim nächsten Punkte der Tagesordnung; Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes, erledigt werden.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend früh vertagt.

Büchli, 28. August. (Privatbesuche des „Vorwärts“) In seiner letzten Sitzung hatte sich der Kongress mit der Einsetzung eines internationalen Arbeiterschutzes zu befassen. Vorläufig wurde das Organisationskomitee des Kongresses mit dem Rechte der Kooptation als internationales Komitee eingesetzt. Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden mit bloß unwesentlichen Änderungen angenommen. Einstimmige Annahme fanden die Resolutionen Adlers und Bernerstorfer's, von denen der erste als Meinung des Kongresses festlegt, daß mit der Beratung auf die Wichtigkeit einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung niemals die Weiterentwicklung der nationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung verschleppt werden dürfe, Bernerstorfer hätte die Forderung unbeschränkter Koalitionsfreiheit der Arbeiter aufgestellt.

Vielmehr hält hierauf die Dankrede an das vorbereitende Komitee, das Bureau des Kongresses und an die Referenten, er hob das Gemeinsame, das den Kongress zusammengeführt hatte, hervor, nämlich sei es, daß ohne jede Gefährlichkeit die Verhandlungen geführt werden konnten. Ein „Gottesfriede“ habe sozusagen während der Verhandlungen des Kongresses geherrscht, er pries hierauf die freiwilligen Institutionen der Schweiz. Nachdem sich der einstimmige, lebhafteste Beifall gezeigt hatte, äußerte sich in ähnlichem Sinne Derruins.

In seiner Schlussansprache steckte der Präsident Scherrer nochmals den durch die Verhandlungen gewonnenen gemeinsamen Boden ab. Mit Dankesworten an alle Teilnehmer und an die Vertreter der Regierungen schloß er den Kongress.

Die katholischen Kongressbelegierten haben die Anbahnung einer internationalen Organisation der katholischen Sozialreform beschlossen und zu diesem Zwecke eine Kommission ernannt.

Lokales.

Die Freie Volkshöhle eröffnet die Wintersaison am Sonntag, den 12. September, mit einer Novität im Friedrich Wilhelm'schen Theater. Zur Aufführung gelangt ein dramatisches Drama von Karl Münderberg: „Illusionen“. Dieses Drama steht bei seinem Erscheinen sowohl die Presse wie die literarische Welt Hamburgs in Aufregung und wurde bereits von der Hamburger „Freien Volkshöhle“, dem Bruderverein der hiesigen, mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Wir machen diejenigen Genossen, welche Mitglied der „Freien Volkshöhle“ zu werden wünschen, auf das heutige Inserat der „Freien Volkshöhle“ in dieser Nummer besonders aufmerksam. Das Eintrittsgeld beträgt, sowie der Monatsbeitrag 60 Pf. Das Drama „Illusionen“ wird am 12. September für die erste, am 19. September für die zweite und am 26. September für die dritte Abtheilung zur Aufführung gelangen. Mitglieder können bei rechtzeitigem Meldung in allen Zahlstellen durch den Vorstand aufgenommen werden. Der Beginn der Vorstellung ist auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt, die Verlosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Der Garten steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Den Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß am Dienstag, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr bei Merchel, Jüdenstr. 35, eine Versammlung des Wahlkreises stattfindet. Am Sonntag, den 5. September, wird in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 20, ein großes Gartenfest abgehalten. (Alle Näheres im Inserat der Dienstagnummer.) Der Vorstand.

Was ist ein Reservelutscher? Was ein Reservelutscher ist, weiß heute jedes höhere Töchterchen; was ein Reservelutscher ist, wissen nicht viele, und diese auch nicht recht. Der Reservelutscher spielt im Droschkenfuhrerwesen eine unheimliche Rolle und ist mit ein ausschlaggebender Faktor für die geistliche Befreiung der Sonntagstrübe. Der Reservelutscher findet sich fast ausnahmslos nur in größeren Fuhrergeschäften. Sein Daseinszweck ist von Hause aus ein guter. Er ist bestimmt, als Gefangener zu dienen für erkrankte oder sonstwie behinderte Kutscher, damit der Fuhrer nicht Pferd und Wagen auf dem Hofe stehen zu lassen braucht und das Geschäft nicht ein Loch bekommt. Das ist gewiß ganz schön für den Fuhrerherren. Aber auch für die Kutscher hat der Reservelutscher sehr gutes. Sie können eher einmal einen Tag sich frei machen — ist doch der Reservelutscher da, der springt ein und will schließlich auch leben. Ja, das ist es eben, und nun kommen seine schlechten Eigenschaften. Er will und muß leben, aber wovon? Er muß wenigstens alle Tage beschäftigt sein, wenn er nicht hungern will. Wie aber, wenn niemand krank wird, wenn niemand die Luft verpöht, einmal aufzusehen? Nun, da muß das Glück eben verbeßert werden, dann muß ein Kutscher hinausfliegen, damit er, der Reservelutscher, an seine Stelle treten kann. So ist das Trachten des Reservelutscher's stets darauf gerichtet, jemand um seinen Posten zu bringen und sich an seine Stelle zu setzen. Und wie leicht ist das! Aber auch in der Hand des Fuhrerherren ist der Reservelutscher eine gefährliche Waffe. Sein Dasein bietet ihm die Möglichkeit, die Kutscher auf alle nur mögliche Art zu bedrücken — der Reservelutscher ist das verkörperte Gespenst der Entlassung, der Arbeitslosigkeit. Ist es doch bereits soweit gekommen, daß reguläre Kutscher für einen Tag, den sie sich einmal frei gemacht hatten, dem Fuhrerherren den regelmäßigen Tribut in Gestalt einer Tageseinnahme entrichten mußten, obgleich sie gar nicht gefahren hatten. Warum? Wer zu Hause bleiben will, der kann auch bezahlen — ist ja der Reservelutscher da! Auch in der Angelegenheit der Sonntagstrübe im Droschkenfuhrerwesen spielt der Reservelutscher eine bedeutungsvolle Rolle. Den Kutscher ist es ja weniger um die Sonntagstrübe als solche, als um überhaupt einen Arbeitstag in der Woche zu thun. Die Polizei hat nun bekanntlich den Fuhrerherren freigestellt, am Sonntag abwechselnd die Droschken mit geraden und mit ungeraden Nummern außer Betrieb zu lassen.

Das ist aber gar nicht nach dem Sinne der Fuhrerherren, die Sonntagstrübe derartig zu feiern. Da wollen sie doch lieber, wie die Kutscher, einen Tag in der Woche. Da braucht das Fuhrerwerk doch nicht müßig zu stehen, ist ja der Reservelutscher da. Also — freie Vereinbarung. Doch die Kutscher wissen ganz genau, was es mit der freien Vereinbarung und mit dem Reservelutscher auf sich hat. Da würden sie nicht viel freie Tage zu sehen kriegen, oder aber mehr als ihnen lieb ist, indem nämlich der Reservelutscher in Aktion tritt, und sie auf der Straße liegen, sofern sie zu mußen wagen gegen die „freie Vereinbarung“. Darum verlangen die Kutscher einen gesetzlich festgelegten Arbeitstag, den ihnen niemand nehmen kann, der Fuhrerherren nicht und nicht der Reservelutscher. So hat der Reservelutscher seine guten und seine schlechten Eigenschaften, ist ein kleiner Napoleon im Droschkenreiche und so zu sagen der „Macher von's Janze“!

Sein 25 jähriges Arbeiterjubiläum feierte der 68 jährige Buchbinder Gustav Vorhig, der seit 1872 in der Geschäftsbüchsenfabrik von Niesensahl u. Zumppe beschäftigt war, dieser Tage auf der — Straße. Vier Tage vor dem Jubiläumdatum wurde der alte Mann, der einige Wochen vorher krank geworden war, von der Firma entlassen und durch einen jüngeren, branchbareren Kollegen ersetzt. Der harte Schlag traf den ausgezehnten Mann um so überraschender und schmerzlicher, als er ein sogenannter treuer Arbeiter war, der tapfer zu seinen „Brotherren“ hielt und die Mahnungen der Kollegen, sich gleich ihnen zu organisieren, stets mit dem Hinweis bequeete, daß er ja eine Lebensstellung habe. Jetzt, da der Jubilar auf der Straße liegt, mag er einsehen, daß es mit der Treue gegen die Kapitalklasse ein mißliches Ding ist, und daß die Treue nur dann eine wahre Tugend genannt werden kann, wenn der Arbeiter sie in allen Lagen und zu allen Stunden gegen seine Klasse übt. Hoffentlich dient dies klaffende Beispiel allen denen unter der Arbeiterschaft zum Nutzen, die bis jetzt ihre erste und vornehmste Pflicht, die Pflicht, sich zu organisieren, aus Gedankenlosigkeit oder thörichtem Eigennutz schände versäumt haben.

Der Neuenrandschuh für die Ueberschwemmten hielt gestern unter Vorhig des Bürgermeisters Kirschner eine Sitzung ab, in welcher die nach dem Ueberschwemmungsgebiet abgesandt gewesenen Delegationen nach Schlesien und der Lausitz Bericht erstatteten über ihre Informationsreise. Denselben waren zur Disposition gestellt 1. für Schlesien 35 000 M., welche vertheilt sind a) auf Stadt Girschberg 7000 M., b) Kreis Girschberg 10 000 M., c) Stadt Schmiedeberg 8000 M., d) Kreis Landau 10 000 M., 2. für die Lausitz 10 000 M., wovon die Stadt Forst 5000 M. und Landkreis Forst 5000 M. erhalten haben. Ferner sind bewilligt der Stadt Girschberg i./Schl. 8000 M., dem Komitee in Guben unter Vorhig des Fürsten Carolath 2000, für den Regierungsbezirk Breslau 45 000, welche an den Regierungspräsidenten Dr. v. Heydebrandt und der Lausitz noch gestern abgingen. Bei dem Zentral-Komitee beabsichtigt der Ausschuss zu beantragen, zur Verfügung zu stellen unter Anrechnung der bereits gezahlten Beträge nach Württemberg 300 000 Mark, nach Schlesien 300 000 Mark, nach Sachsen 200 000 Mark, nach Elsaß 25 000 Mark, nach dem Großherzogthum Baden für den Amtsbezirk Eppingen 5000 M., an den Kommerzrath Herz für das Ueberschwemmungsgebiet der Elbniederung 15 000, hierzu die oben bewilligten 45 000 M. für den Regierungsbezirk Breslau, 3000 M. für Girschberg und 2000 für den Fürsten Carolath macht zusammen 60 000 M., so daß über 1 095 000 M. disponirt ist.

Bis gestern Nachmittag sind im Rathhause für die Ueberschwemmten eingegangen rund 791 000 M.

Die Gasproduktion der städtischen Gasanstalten betrug im Vierteljahr April—Juni 1897: 19 798 000 Kubikmeter, in demselben Vierteljahr 1896: 18 698 000 Kubikmeter, für 1897 sind daher mehr produziert 1 100 000 Kubikmeter, mithin 5,88 pCt. Von den produzierten 19 798 000 Kubikmetern wurden abgesetzt: zu Leuchtzwecken 16 Pf. 12 877 521 Kubikmeter, zu Koch- und anderen gewerblichen Zwecken 4 Pf. 3 461 156 Kubikmeter, zum Betriebe von Motoren 4 Pf. 1 705 972 Kubikmeter. Durch die städtischen Gasanstalten wurden Ende Juni 1897 26 161 öffentliche Gaslammen, welche in 20 588 Laternen brannten, geheizt. Es waren Ende Juni 1897 an öffentlichen Plätzen aus den englischen Gasanstalten 1009 vorhanden, welche in 791 Laternen brannten. Der Bestand der städtischen und englischen Gaslammen Ende Juni 1897 beträgt daher 27 170 Stück. Der Bestand der Petroleumlampen betrug Ende Juni 1897: 1150 Stück gegen das vorhergehende Vierteljahr 40 weniger, welche in Gaslaternen umgewandelt wurden.

Gasglühlicht und Feuergefahr. Das Polizeipräsidium macht bekannt: In letzter Zeit sind wiederholt Brände der verschalteten und verputzten Balkendecken in Gebäuden durch Gasglühlichtlammen verursacht worden, die fast unmittelbar unter der Decke (etwa fünf Zentimeter) oder in zu geringer Entfernung (25—30 Zentimeter) von derselben angebracht waren, weil die Gasglühlicht-Lampen in dieser Beziehung vielfach als gefahrlos gelten. Die ausstrahlende Hitze von Gasglühlicht-Lampen ist jedoch besonders nach längerer Brennzeit ziemlich groß, und ist es daher erforderlich, überall, wo Lampen nicht mindestens einen Meter von der Decke entfernt sind, stets ausreichend große Klappen anzubringen. Die Klappen dürfen jedoch nicht an der Decke befestigt werden, sondern müssen mit der Lampe verbunden sein oder seitlich im Mauerwerk ihre Aufhängung finden.

Die Stundenzahl in der sechsten Volksschulklasse. Die Berliner Lehrerschaft nahm am Freitag in einer Vertrauensmänner-versammlung Stellung zu dem Beschlusse der städtischen Schuldeputation, der dahin geht, die wöchentliche Stundenzahl von 22 auf 18 herabzusetzen, die vier freierwerbenden Stunden aber aus Bewegungsspielen und fröbel'sche Beschäftigungen zu verwenden. In dem einleitenden Referate des Vereinsvorsitzenden Groppler wurde scharf betont, daß fraglicher Beschluß die Berliner Lehrerschaft arg enttäuscht habe, da er einen entscheidenden Rückschritt bedeute. Die stoffliche Belastung der Schüler werde eine noch größere, als bisher, weil die eigentlichen Unterrichtsstunden wohl verliert, die zu verarbeitenden Lehrstoffe aber in dem bisherigen Umfange behalten werden sollten, wodurch das zu belämpfende Eindringen gefördert werde. Die Schuldeputation scheine den fröbel'schen Unterricht als besondere Disziplin einzuführen zu wollen, gegen jede Vermehrung der Unterrichtsstunden und des Stoffes müsse aber der Berliner Lehrerverein entschieden Stellung nehmen. — Die Versammlung genehmigte folgenden Beschlusse, der der demnächst stattfindenden Generalversammlung zur Annahme unterbreitet werden soll: 1. Der Berliner Lehrerverein hält nach wie vor eine Herabsetzung der Stundenzahl in der Grundklasse von 22 auf 18 aus pädagogischen und hygienischen Gründen für notwendig und durchführbar. 2. In den Vorschlägen der Schuldeputation, 18 Stunden auf den eigentlichen Unterricht und 4 Stunden auf Bewegungsspiele und fröbel'sche Beschäftigungen zu verwenden, kann er eine Erfüllung seiner in der Januar-Versammlung eingehend begründeten Forderung nicht erblicken, denn a) durch diesen Vorschlag wird an der Dauer der täglichen Schulzeit nichts geändert, die kleinen müssen, wie bisher, statt der geforderten drei Stunden an den meisten Schultagen vier Stunden und zwar größtentheils im Schulzimmer festgehalten werden, da die Turnhallen und Schulhöfe zumest durch den Turnunterricht der oberen Klassen in Anspruch genommen werden; b) die geistige Ueberbürdung der Kinder wird nicht eingeschränkt, sondern vermehrt, da bei verminderter Unterrichtsstunden dieselben Ziele in den einzelnen Gegenständen bestehen bleiben. 3. Die Berücksichtigung fröbel'scher Beschäftigungen hält der Verein nur dann für pädagogisch zulässig, wenn dieselben nicht als Sonderunterricht, sondern in Verbindung mit den anderen Unterrichtsgegenständen auftreten, denn dadurch würde der Anschauungs-, Sprach- und Rechenunterricht eine lebensvollere Gestaltung erfahren. 4. Der Berliner Lehrerverein hält eine Umgestaltung des Lehrplanes der 6. Klasse für erforderlich. Die Reform muß sich besonders auf eine Verminderung des Stoffes im Religions- und Rechnenunterricht erstrecken. Bei zweckmäßiger Verteilung der Unterrichtsgegenstände auf die einzelnen Fächer ist es möglich, den Bewegungsspielen innerhalb der 18 Stunden die nötige Zeit zuzumessen. 5. Der Berliner Lehrerverein beauftragt eine Kommission,

ihm baldigt Vorschläge für einen nach diesen Grundfäden umgestalteten Lehrplan der Grundklasse zu machen, und empfiehlt derselben, auch die daraus entspringenden Folgerungen für die Lehrpläne der nächsten Klassen im Auge zu behalten.

Pindler ist tot. Am gestrigen Tage legte er sich, 61 Jahre alt, in Charlottenburg zur ewigen Ruhe nieder. Mit ihm ist ein Stück bismarckscher Preßkorruption dahingegangen. Jahrzehnte lang stellte er als publizistischer Diener dem ersten Kanzler das Blatt, an dem er „Chefredakteur“ war, zur Verarbeitung der öffentlichen Meinung zur Verfügung, unbekümmert darum, was gerade dem lieben Pindler jeweils als Ansicht der Regierung aufgetischt werden sollte. Als Bismarck 1891 gehen mußte, diente der für so treue Dienste inzwischen zum Kommissionsrath ernannte Mann den Nachfolgern des großen Kanzlers ebenso treu weiter. Späterweise nahm Bismarck es dem Pindler übel, daß die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ nunmehr ganz folgerichtig gegen ihren früheren Herrn schrieb. Am 1. Juli 1894 schied Pindler aus der „Norddeutschen Allgemeinen“ aus und versuchte sich nunmehr in unbedeutenden literarischen Unternehmungen selbständiger Art, die aber mißglückten. Nicht ohne Sorgen mag der Mann aus dem Leben geschieden sein, der sich trotz seiner österreichischen Herkunft durch politische Wandelbarkeit und Gefühlslosigkeit als Musterdeutscher der allerersten Ranges qualifizierte. Nur in einem Punkte war Pindler, was zu seiner Ehre festgestellt werden muß, kein Musterdeutscher im modernen Sinne. So sehr die „Norddeutsche“ auch in ihren Beiträgen gegen jede selbständige Meinung in der Arbeiterkategorie wühlte, als Verleger der „Norddeutschen Druckerei“ respektierte Pindler gewissenhaft die Rechte der bei ihm beschäftigten organisierten Arbeiter.

Zu einer Ueberbortheilung des Publikums gefiel sich das häufige Verlegen der an öffentlichen Stellen aufgestellten Waarenautomaten. Namentlich in letzter Zeit ist es, wie von verschiedenen Seiten mitgetheilt wird, sehr oft vorgekommen, daß die Automaten hineingeworfene Geldstücke zwar aufnahmen, aber keine Waare herausgaben, weil sie nicht in Ordnung waren. Eine Wiedererlangung des Geldes war meistens unmöglich, weil niemand zu finden war, der den betreffenden Apparat bedienen konnte. Es muß daher verlangt werden, daß die Automaten so häufig wie möglich, mindestens aber täglich, auf ihr sicheres Funktionieren untersucht werden. Dem Publikum kann nicht zugemuthet werden, daß es zur Wiedererlangung des in die nicht funktionierenden Automaten geworfenen Geldes von einem zum anderen läuft oder gar an die Automaten-Gesellschaft lange Beschwerden richtet.

Radsport. Der Entscheidungslampf zwischen dem Amerikaner Cobby und dem Radfahrer Paul Münder findet heute, Sonntag, den 29., nachm. 4 Uhr, auf der Rennbahn Halessee statt.

Der wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges am Donnerstag verhaftete Justizamwalt Kätzig (nicht „Kettig“, wie zur Vermeidung von Verwechslungen mit ähnlichen Namen betont werden mag) wurde gestern bereits zum zweiten Male dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ein Ermittlungsverfahren durch den erstinstanzlichen Richter hat gar nicht stattgefunden. Da die Sache außerordentlich einfach liegt, so wird die Hauptverhandlung schon bald nach Schluss der Gerichtsferien vor dem Schwurgericht am Landgericht I stattfinden und zwar in derselben Zeit, in welcher Kätzig sein Gerichtschreiber-Examen ablegen sollte. Vor das Schwurgericht wird die Sache kommen, weil wiederholte Fälschung am 1. März er Urkunden vorliegt und der Thäter zur Zeit der That das 18. Lebensjahr bereits überschritten hatte, er ist nämlich beinahe 22 Jahre alt.

Gestern war große Parade auf dem Tempelhofer Felde. Es wird berichtet, daß dies Schauspiel zu Ehren eines orientalischen Despoten, des gegenwärtig hier weilenden Königs von Siam stattgefunden habe. Für die Schuljugend schienen die gleichfalls als Zuschauer „besohlenen“ Kalmücken aus dem Zoologischen Garten mehr Interesse zu haben, als die stamessige Hofgesellschaft. Das große Publikum — eine Anzahl Müßiggänger ausgenommen — aber interessierte sich für die ganze Parade nur insoweit, als man sich fragte, wann denn die Straßenperrungen und sonstigen Verhinderungen endlich ein Ende nehmen würden. Namentlich sind uns von Arbeitern bittere Klagen zugegangen, daß die langen Soldatenreihen, die niemanden durchließen, es ihnen unmöglich machten, mittags zur rechten Zeit an die Arbeit zu kommen.

Ein hartnäckiger Liebhaber. Vor 14 Tagen versuchte sich, wie früher gemeldet, in dem Garten der Deutschen Konzerthallen der Mechaniker A. zu erschließen. Er zog sich jedoch nur eine leichte Verletzung zu und konnte nach zwei Tagen aus der Charité, wohin er gebracht worden war, entlassen werden. An demselben Tage sandte A. einen Brief an die in den Konzerthallen spielende böhmische Damenkapelle, in welchem er mittheilte, daß er mit dem Selbstmordversuch nicht weiter beabsichtige, als Kussbein hervorzurufen, was ihm ja auch gelungen sei. In den nächsten Tagen werde er wiederkommen und auf das Wohl der Damen trinken. Thatsächlich scheint A. auch bei dem Selbstmordversuch Magagnatoren benutzt zu haben, da er nur oberflächliche Fleischwunden im Gesicht erlitten hatte. Vor acht Tagen wollte A. wieder die Konzerthallen besuchen, doch fand er in Rücksicht auf das vorhergegangene Vorkommniß keinen Einlass. Er wartete nun, bis das Konzert zu Ende war, und verfolgte die nach ihrer gemeinschaftlichen Wohnung sich beggebende Damenkapelle. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I, welche von der Gelegenheit Kenntniß erhalten, hat ein Verfahren wegen groben Unfugs gegen A. eingeleitet und als Beweismittel für das Vorgehen den oben erwähnten Brief des „Selbstmörders“ eingefordert.

Selbstmordversuch. Gestern Abend versuchte der Tapetier Richard Fr. in der Wohnung seiner Geliebten, Wilibald Kreis-Ströße 14, sich mittels einer Lösung übermangansauren Kalis zu vergiften. Durch vom Arzte verordnete Gegenmittel wurde jede Gefahr beseitigt. Fr. weigerte sich, über die Veranlassung zur That Auskunft zu geben.

Wegen Heirathsschwindselien wurde gestern der angebliche Kaufmann Krüger vor dem Hause Prenglaue Allee 82 verhaftet. Die Polizei war ihm längere Zeit auf der Spur und sagte ihm gerade ab, nachdem er einer im genannten Hause wohnenden Dame eine mißglückte Liebeserklärung gemacht hatte.

Zu der Kranke in der Loubentstraße wird der wissenschaftliche Auskultationsvortrag „Der Kampf um den Nordpol“ nur noch diese Woche hindurch gegeben.

Auß den Nachbarorten.

An die Parteigenossen Schönebergs! Schöneberg ist Stadt geworden! Die für uns so bedeutungsvollen Stadtverordnetenwahlen stehen vor der Thür. Schon rufen sich unsere Gegner zum Kampf für die Erriingung sämtlicher Mandate. Der Bürgerverein auf der einen, der Haus- und Grundbesitzerverein auf der anderen Seite sind mit ihrem Programm auf den Plan getreten und arbeiten mit Hochdruck. Wenn jetzt auch noch sich bekämpfend, werden sie doch, wie immer, sich verhöhnen, vereint gegen ihren natürlichen Feind, die Sozialdemokratie, aufzitreten. An uns ist es, dies zu verhindern! Die Hälfte der Mandate der dritten Abtheilung gehören uns, wenn wir nur unsere Pflicht thun!

Deshalb wenden wir uns an Euch, Parteigenossen, die Ihr seit Jahren in Schöneberg wohnend, anderen sozialdemokratischen Wahlvereinen angehörend, Euch nicht um die Parteiverhältnisse am Orte gekümmert habt. Das muß im Interesse der Partei anders werden. Heute heißt es, alles vermeiden, was unsere Kräfte zersplittern könnte; heute ist es nötig, daß jeder Parteigenosse, sei er auch noch so thätig in seinem Wahlverein, sich der Partei an unserem Orte zur Verfügung zu stellen hat. Eine jede Person, jede Kraft, jede Stimme, wird gebraucht, sollen die Wahlen diesmal für uns einen Erfolg haben. Deshalb erscheint in unseren Versammlungen; macht das Wort, wenn auch in anderer Beziehung, einmal wahr, daß ein Parteigenosse spottend gebraucht haben soll:

„Wir wollen mal eine Agitationstour nach Schöneberg machen!“ — Nun gut, macht die Tour, gehet dort hin, wo Ihr nach Pflicht und Recht hingehört, stellt Euch der Partei am Orte zur Verfügung und das Resultat wird ein günstiges und Euren Wünschen entsprechendes sein.

Wir werden eine starke, achtungsgebietende sozialdemokratische Partei in Schöneberg haben! Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Parteigenossen Zehlendorfs! Da es uns insofern der politischen Maßnahmen (bis zur Entscheidung durch die Gerichte) nicht möglich ist, eine dem Tage entsprechende Versammlung abhalten zu können, so laden wir Euch ein, die am 31. August in Steglitz, im „Gambrius“, Hornstraße 15a, stattfindende öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Wegener-Berlin über Ferd. Vassalle's Bedeutung für das Proletariat referirt, zu besuchen. Zeigt den Behörden, daß die Verbote des letzten Sonntags nicht fruchtlos an Euch vorübergehen und erscheint alle, Mann für Mann, nicht einer darf fehlen, das ist Eure Pflicht und Schuldigkeit. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen von Weißensee, Wilhelmshagen und Hohen-Schönhausen zur Nachricht, daß die Gedächtnisfeier für Ferdinand Vassalle durch eine Volksversammlung, welche in Schenck's Gesellschaftshaus, Königs Chaussee 66, stattfindet, morgen, Montag, begangen wird. Das Referat über Vassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse wird Genosse Georg Wagner halten. Jedem Parteigenossen und jeder Parteigenossin erwächst die Pflicht, zur Stelle zu sein. Die Sangesbrüder werden ersucht, die Feier einzuleiten. Der Vertrauensmann.

Steglitz. Der Gesangsverein „Jaget nicht“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet heute, Sonntag, im Schwarzen Adler, Albrechtstr. 125, bei Ziehe ein Sommerfest zum besten der Ueberschwemmten. Es wird rege Theilnahme erwartet.

Eine ganz neue Art des Krankentransports scheint in Charlottenburg in Aufnahme kommen zu sollen. Am Freitag Abend kurz nach 7 Uhr fiel am Savignypfad ein Arbeiter in Krämpfe. Der Schuhmann Nr. 161, welcher in der Nähe auf Posten stand, ging sofort nach der fünften Polizeiwache in der Knefelerstraße, um dort das Vorkommniß zu melden. Nach einer Weile kehrte der Mann mit zwei seiner Kollegen zurück, und nun wurde der Kranke auf einen der Firma Fleischer in der Gogolowskystraße gehörigen Klamottenwagen geladen. Ohne daß man dies Gefährt auch nur einigermaßen für den Krankentransport hergerichtet hätte, ging es über das elende Pflaster der Knefelerstraße nach der Wache. Und das geschah, während in unmittelbarer Nähe des geschilderten Vorganges ein Droschken stand!

Der 82-jährige „Wunderdoktor“ Gottfried Puhlmann, ein früherer Familienwache, der einen schwanghaften Dandel mit einem „Mittel für alles“ trieb, hat sich gestern in seiner Wohnung, in der Friedländerstr. 93 zu Kopenick erhängt. Hässlicher Antrieben mag die Ursache zum Selbstmord gewesen sein. Trotz der guten Geschäfte, die er machte, hat er von der Stadt regelmäßig Armenunterstützung erhalten, die nun freilich aus seinem hinterlassenen Vermögen rückvergütet werden muß.

Einer der neuen großen Akkumulatorwagen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ist jetzt zum zweiten Male mitten auf der Fahrt stehen geblieben. Der Unfall, daß die Kraft stets gegen das Ende der Fahrt zu versiegen scheint, deutet auf technische Schwierigkeiten, die wohl mit der Zeit zu überwinden sind.

Theater.

Theater-Wochenchronik. Schauspielhaus. Sonntag, 29. Rosenkranz und Grubbenhörn. Montag, 30.: Zum 250. Male: „Der Kaufmann von Venedig“. Dienstag, 31.: Zum 100. Male: „Wallenstein's Lager“. Die Piccolomini. Mittwoch, 1. September: „Wallenstein's Tod“. Donnerstag, 2.: Die Hermanns Schlacht. Freitag, 3.: Der zerbrochene Krug. Die gelehrten Frauen. Sonnabend, 4.: Rosenkranz und Grubbenhörn. Sonntag, 5.: Viel Lärm um nichts. Montag, 6.: Rosenkranz und Grubbenhörn. — Im Neuen Königlichen Operntheater (Kroll). Sonntag, 29.: Undine. Montag, 30.: Bajazzo. (Redda: Frau Bellincioni, als Goli.) Cavalleria rusticana. (Santuzza: Frau Bellincioni, als Goli.) Dienstag, 31.: Hänsel und Gretel. Die Puppenpe. Mittwoch, 1.: Der Evangelist. Phantasien im Bremer Rathskeller. Donnerstag, 2.: Die Jugentinnen. (Sofantina: Frau Bellincioni, als Goli.) Freitag, 3.: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend, 4.: Rigoletto. Sonntag, 5.: Die Africanerin. Anfang 7 Uhr. Montag, 6.: Cobengrin. Anfang 7 Uhr. — Im Deutschen Theater ist der Spielplan für die Woche folgendermaßen festgelegt: Heute Abend, zum ersten Male wiederholt: „Faust“; Montag: „Die verunkeltete Kasse“; Dienstag: „Faust“; Mittwoch: „Die Weber“; Donnerstag: „Moriturus“, am nächstfolgenden Sonntag Abend „Faust“. Mit Sonntag, den 6. September beginnen wieder die Nachmittags-Vorstellungen in ermäßigten Preisen, als deren erste an diesem Tage „Die Weber“ gegeben werden. — Im Berliner Theater finden die letzten drei Gastspiel-Vorstellungen des Ensemble des Hoftheaters heute, am Montag und am Dienstag statt. Am Sonntag und Dienstag gelangt das Lustspiel „Der Herr Senator“ mit Herrn Günther in der Titelfolle zur Aufführung. — Am Mittwoch, den 1. September, beginnt die neue Spielzeit. Der Spielplan für die erste Woche ist folgendermaßen festgelegt: Mittwoch, den 1. September: „Rösig Heinrich“; Donnerstag: „Anker Schmitz“; Freitag und Sonntag: „Araucario“; Sonnabend: „Die Rache des Bienen“. Als erste Nachmittagsvorstellung findet am Sonntag, den 6. September, 2½ Uhr, eine Aufführung von Schiller's „Jungfrau von Orléans“ statt. — Im Schiller-Theater geht heute Abend die Posse „Papa Rösche“ von Walter und Stein in Szene. „Clavigo“ und „Die Weibhändler“ kommen am Montag, Mittwoch und Freitag zur Wiederholung. Für Dienstag ist das Grillparzer'sche Lustspiel „Weh dem der Missethäter“ für Donnerstag die Posse „Papa Rösche“. Am Sonnabend kommen zum ersten Male nach der Ferien die „Deutschen Schwänke“ aus vier Zeitaltern: „Die christliche Heidin“, „Dand Wurst“, der traurige Kuchenbäcker“, „Schneider Pipp“ und „Fräulein Witwe“ zur Aufführung. — Die Hoftheater-Vorstellung der Romvith'schen Oper im Theater des Wehens „A Basso Porto“ und „Cavalleria rusticana“ beginnt heute bereits um 7 Uhr. — Im Zentral-Theater findet, wie schon mitgetheilt worden ist, heute die letzte Aufführung der barocksten Revue „Ein hübscher Abend“ statt. Abdam bleibt das Theater wegen der Vorbereitungen zu der diesjährigen Revue bis Sonnabend geschlossen. An diesem Tage geht die neue Ausstattungsdosse unter dem Titel „Berliner Fährten“ in Szene. — Luise's Theater. In dem modernen Volksstücke „Gefährlicher Fieber“ befinden sich die Hauptrollen in den Händen der Damen Mariens, Kretschmer, Widig, der Herren Alice Wöber und der Herren Winkler und Kuno. Auch die übrigen kleinen Rollen sind mit den besten Kräften dieser Bühne besetzt. Oberregisseur Reiff hat dieses Volksdrama in Szene gesetzt. — Heute findet im Apollo-Theater die letzte Sonntag-Vorstellung des alten Programms mit der Operette „Venus auf Eden“ und dem Komiker-Trio Steidl, Neutter und Bender statt. — Am Mittwoch, den 1. September, beginnt die Winterzeit, mit vollständig neuem, überaus reichhaltigem Programm. — Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Die Altputzner verabschieden sich heute in zwei Vorstellungen von Berlin. Nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr wird „2 Tage Millionen“ zum letzten Mal gegeben. Zu der Nachmittags-Vorstellung zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

Literarisches.

pl. Die Legion'sche Geschichte des Hamburger Hafenarbeiterstreiks ist, wie wir bereits mitgetheilt haben, in zweiter Auflage erschienen, nachdem die erste von 10000 Exemplaren abgesetzt ist. Die Schrift ist im übrigen unverändert geblieben, doch ist die jegige Auflage um einen Bogen erweitert worden, der in einem „Anhang zur zweiten Auflage“ die Schilderung der Ereignisse nach Beendigung des Streiks enthält. — Die engstirnigen Maßregelungen von am Streik betheiligten gewöhnlichen Arbeitern haben sich nach dieser Darstellung schließlic doch als nicht allzu groß herausgestellt. Mit Ausnahme der Schlechterstellung der wieder aufgenommenen Staatsqual-Arbeiter, sowie der Maßregelung von 20 bis 30 Gewerführern und einer Anzahl Maschinenisten, sind die Streikenden fast allgemein in ihr früheres Arbeitsverhältniß zurückgeführt. — Die vom Senat eingesezte Prüfungskommission hat mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter 82 Sitzungen abgehalten, am 10. April wurden die Untersuchungen abgeschlossen. Jetzt, im August, ist die Kommission noch bei der

Verarbeitung des Materials; herausgekommen ist für die Arbeiter noch nichts. — Auf die Organisation ist der Streik vom besten Einfluß gewesen; der Verband der Hafenarbeiter zählte vor dem Streik im Streikgebiet 5870 Mitglieder, während des Streiks 12816 und Ende Juni 1897 noch 10292. Der Seemannsverein in Hamburg hatte vor dem Streik kaum 100 Mitglieder, jetzt dagegen beinahe 2500! Da kann allerdings, wie Legien ganz richtig sagt, das Gefühl nicht auskommen, als wären die Arbeiter in diesem Kampfe die Besiegten. — Schließlich geben wir aus dem neu hinzugefügten Text noch die folgenden Erwägungen des Verfassers wieder: „Schon der Umstand, daß von den zur Führung des Kampfes erforderlich gewesenem Darlehen ein beträchtlicher Theil abgetragen ist, und noch vor Ablauf des Jahres auch der letzte Theil der Schuld beglichen ist, beweist, daß es den Hamburger Arbeitern darum zu thun ist, sich in Bereitschaft zur Abwehr neuer Angriffe des Unternehmertums zu sehen. Es sei auch an dieser Stelle betont, daß die Arbeiter eines Ortes sich nicht durch Belästigung mit Darlehen für einen Kampf zu längerer Beitragsleistung verpflichten dürfen, die sie für eine bestimmte Periode hindert, sich jederzeit nach allen Richtungen gerüstet zu zeigen. Es muß dahin kommen, daß auch für größere Kämpfe die angesammelten Mittel der Organisation ausreichen. Warum können die Beiträge, zu denen die Arbeiterschaft sich während eines Streiks und nach demselben verpflichtet fühlt, nicht vorher geleistet werden? Während die Beitragsleistung zur Tilgung von Darlehen, besonders nach einem verlorenen Kampfe, ungenügend geschieht, würde sie jedenfalls vorher bereitwilliger erfolgen und die Organisation befähigen, den Unternehmern in Streitfällen nicht infolge ungünstiger Finanzlage zaudernd, sondern mit voller Energie entgegenzutreten zu können.“

Eingelaufene Druckschriften.

„Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik“, enthält u. a. in ihrer neuesten Nr. 4 folgende Aufsätze und Mittheilungen: Die Sozialpolitik auf der Leipziger Gewerbe-Ausstellung. — Die Parteien in Selbstbeschreibungen: Der Anarchismus in Deutschland. Von W. Sporr. — Politische ABC-Bücher zu der deutschen Parteien. — Sächsisches Wörthebuch. Von Stadtrath Tessen. — Tage des württembergischen Eisenbahn-Personals. Verhandlungen des württembergischen Arbeiter-Kongresses in Hannover. — Schwierigkeiten der Gewerbe-Inspektion in Glas-Bohrungen. — Volksthümliche Pöpselkultur, Satiristen und Neuenrichtungen.

„Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“. Beilage zur Fortsetzung der geschichtlichen Zustände aller Länder. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Das Erschienen erste und zweite Heft (Doppelheft) des 11. Bandes mit folgenden Inhalt:

Die ökonomische Basis der britischen Gewerbetriebe. Von Sidney und Beatrice Webb in London. Die neue deutsche Handwerker-Organisation. Von Dr. Paul Hölzel in Berlin. Das schweizerische Fabrikgesetz und sein Einfluß auf die industriellen Verhältnisse der Schweiz. Von Otto Kapp, Privatdozent in Zürich. Die württembergische Fabrikinspektion in den Vereinten Staaten. Von Florence Kellen. Chief Inspector of Factories and Workshops für Illinois. Die Ursachen der Betriebsunfälle in der deutschen Industrie und Unvorsichtigkeit. Von Dr. Ernst Dange in Berlin. Das belgische Gesetz vom 11. April 1897 betr. die Beschäftigung von Jugendlichen zur Gewerbeinspektion. Von Dr. Handerradt, Ingenieur honorarius des Min. in Brüssel. Wochenschrift des Reiches über die Beschäftigung von Jugendlichen zur Gewerbeinspektion. Zug deutsche Auswanderungsfragen. Von Dr. Ernst Brande in Hannover. Wochenschrift des Reiches über die Auswanderungsfragen vom 2. Juni 1897. Wochenschrift des Reiches über die Auswanderungsfragen vom 24. Juli 1897. Die Verhältnisse der Sonntagsnachmittags-Arbeit bei in der Schweiz. Von Dr. F. Schuler, abgeordneter Fabrikarbeiter. Die amtlichen Ermittlungen über das Verhältnis zwischen Arbeiter-Verhältnissen und Armenpflege. Von G. v. Frankeberg, Stadtrath in Braunschweig. Ein internationales Amt für Arbeiterschutz. Von Dr. Heinrich Braun in Berlin.

Soziale Rechtspflege.

Schwinducht als Folge eines Betriebsunfalls. Der Arbeiter Wille verunglückte in einem Speicherebetriebe und brach sich dabei mehrere Rippen. Die Heilung des Bruches wie die einer Wundwunde an der Kopfhaut nahm nach ärztlichem Urtheil den normalen Verlauf. Scheinbar gesund kehrte W. nach seiner alten Stellung zurück; nach kaum einem Jahre verstarb er jedoch. Die Wittve und Speicherei-Berufsgenossenschaft lehnte es ab, seiner Wittve eine Unfallrente zu gewähren. Sie verneinte die Frage nach dem ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Tode und dem Unfall. Ein Arzt hatte den Einfluß von Alkohol auf die Leber und das Herz des Verstorbenen wahrzunehmen geglaubt und außerdem Tuberkulose festgestellt. Das Schiedsgericht wies die Wittve ebenfalls ab. Das Reichs-Versicherungsamts als Rekursinstanz ließ zunächst mehrere Zeugen vernehmen. Ihre Aussagen stimmten darin überein, daß der vorher kräftige Wille seit jenem Unfall körperlich immer mehr herabgekommen sei und auch die schwere Arbeit im Speicher wegen seiner Schwäche aufgegeben habe. Die Polizei und sein letzter Arbeitgeber bekundeten, daß Wille ihnen als nächster Mensch bekannt gewesen sei. Auf Grund des gesammelten Aktenmaterials und seiner eigenen Beobachtungen erstattete dann noch Dr. R. Scheffer, der den Verstorbenen behandelt hatte, ein sehr eingehendes Gutachten. Er erklärte es für zweifellos, daß die Lungenschwinducht den Tod herbeigeführt habe und führte dann des Näheren aus, daß die Schwinducht sehr wohl mit dem Unfall ursächlich zusammenhängen könne und daß dies unter den obwaltenden Umständen sogar mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei. Tuberkelbazillen sämen oftmals in die Lungen gesunder Menschen, ohne dort irgend welchen Schaden anzurichten; es fehle der Boden für ihre Aufnahme und Entwicklung. Anders sei es mit Leuten, deren Lungen geschwächt seien, weil die Widerstandskraft des Körpers gebrochen wurde. Bei Wille hätten nun die genannten Krankheitsreize augenscheinlich einen infolge des Rippenbruchs gut vorbereiteten Boden gefunden; anders lasse sich gerade seine Erkrankung an der Schwinducht kaum erklären. Das Reichs-Versicherungsamts schloß sich den Darlegungen des Dr. Scheffer an und verurtheilte die Berufsgenossenschaft zur Renten-gewährung.

Die Kammer IV des Gewerbegerichts fällt in ihrer Sitzung vom 27. August eine wichtige Entscheidung. Der Tischlermeister Adam geriet eines Tages mit dem Gesellen K. in Streit, wobei K. erklärte, er könne ja aufhören. A. wollte dann auch wirklich die Arbeit verlassen. Jetzt hielt ihm der Meister vor, daß er nicht plötzlich gehen dürfe, da die gesetzliche Kündigungsfrist gelte. Nach- dem K. bereits seine Papiere bekommen hatte, gab er zu erkennen, daß er die Kündigungsfrist nicht halten wolle. Nunmehr schloß sich jedoch Adam dagegen, indem er meinte, wer einmal aufgehört habe zu arbeiten, der brauche auch nicht wieder anzufangen. Es blieb bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses. A. klagte darauf gegen Adam mit dem Antrage, ihm eine Lohnentschädigung zuzubilligen, weil ihn der Beklagte Adam verhindert habe, während der Kündigungsfrist zu arbeiten. Beklagter berief sich demgegenüber auf den eigenen Entschluß des Klägers, die Stellung aufzugeben. Die Kammer IV unter dem Vorsitz des Assessors Geuch verurtheilte aber Adam nach dem Klageantrage. Der ganze Vorgang habe sich hinter-einander abgespielt, und zwar im selben Raume; auch habe es sich um dasselbe Gespräch gehandelt. Kläger habe deshalb verlangen können, weiter beschäftigt zu werden, denn im Moment, wo er dies wollte, sei nach Ansicht des Gerichts das Arbeitsverhältniß noch nicht definitiv gelöst gewesen. Das er bereits seine Papiere hatte, wäre unter den sonst obwaltenden Umständen gleichgültig gewesen.

Gewerliche Zeitung.

Die religiösen Egerzisten der „Heilsarmee“ werden, wie sich aus manchen Zeitungsberichten herauslesen ließ, von manchen Leuten als willkommene Gelegenheit zur Verübung unnützen Unfugs angesehen. Die Zeitung der Heilsarmee ist nicht gewillt, sich eine derartige Störung ihrer Versammlungen fernherin gefallen zu lassen, sondern geht mit Strafanträgen gegen die Anstifter vor. Vor zwei Abtheilungen des Schöffengerichts wurden gestern gleichzeitig zwei derartige Anklagen, die auf gemeinschaftlichen Hansfriedensbruch lauteten, verhandelt. In dem einen Falle handelte es sich um zwei Männer im reiferen Lebensalter, welche eines Abends von der Luft ergriffen wurden, einer Versammlung der Heilsarmee beizuwohnen. Gegen Zahlung der üblichen 10 Pf. fanden sie Zutritt zur Versammlungshalle, die bald der Schauspieler „Nadaus“ wurde. Die Kapitäne Anna Anderson sah sich genöthigt, ihren Vortrag abzubrechen und die Anwesenden anzusprechen,

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1896.

Zabelle I. Zahl der Mitglieder, Prozentverhältnis zu den Berufsangehörigen, Jahreseinnahme und -Ausgabe und Kassenbestand im Jahre 1896.

Table with 15 columns: Name der Organisation, Zahl der im Beruf Beschäftigten (männlich, weiblich, zusammen), Zahl der Mitglieder der Organisation (männlich, weiblich, zusammen), Organisiert in Prozenten der Berufsangehörigen (männlich, weiblich, zusammen), Zahl der Mitglieder, Außer dem sind noch in Betrieben vereinzelte Mitglieder, Jahreseinnahme der Organisation für Betriebszwecke, Jahresausgabe der Organisation, Kassenbestand (In Summa, davon in der Hauptkasse).

Anmerkungen zu Tabelle I. 1) Nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Vereine. 2) Nur getrennt Arbeiter, da Hilfsarbeiter nicht aufgenommen werden und besonders organisiert sind. 3) und 4) Nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Vereine. 5) bis 14) Nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Vereine.

Zabelle II. Ausgaben der Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1896.

Table with 18 columns: Name der Organisation, Verbandsort, Streifenunterstützung (im Beruf, für andere Gewerkschaften), Rechtschutz, Gewerkschafts-Unterstützung, Streifenunterstützung, Arbeitlosen-Unterstützung, Kronen-Unterstützung, Spezial-Unterstützung, Umgehungen von Schlägen in Betrieben und Wohnungen, sonstige Ausgaben, Verwaltungskosten der Hauptkasse (Gehälter, Reparatursmaterial, Kontenrassen und Generalversammlungen, Beitrag an die Generalkommission, Projektkosten), Ten Zahlstellen verbleiben von dem Beiträgen (In Summa).

Anmerkungen zu Tabelle II. 1) Rückzahlungen für verfallende Quartale. 2) Darunter A 930 Darlehen an andere Gewerkschaften und A 465,55 für Stellenermittlung. 3) Rückzahlungen für verfallende Quartale. 4) und 5) Arbeitslosen-Unterstützung. 6) Darunter für Stellenermittlung A 48,66; Arbeitslos A 141,19; Darlehen zurück A 225,75; unterstützten A 298,92. 7) Inaktive Delegiertenkosten. 8) Stellenermittlung. 9) und 10) Rechtschutz. 11) Darunter auch Kronen- und Invalidenunterstützung. 12) A 1250 für Stellenermittlung.

Bei Veröffentlichung des statistischen Materials über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1893 schrieben wir, daß es uns gelungen sei, die Gewerkschaftsvorstände innerhalb dreier Jahre wenigstens zur Angabe der wichtigsten Zahlen über die Organisation zu veranlassen, und daß wir hoffen, im Laufe der Jahre auch bei den Vorständen so viel Entgegenkommen hervorzurufen, daß auch die weiteren Angaben gemacht werden.

Nach weiteren drei Jahren haben wir dieses auch glücklich erreicht. Allerdings, leicht war es nicht, das Material zusammen zu bringen. Nachdem einigen Vorständen vier- und auch fünfmal wegen Einlieferung der Bogen geschrieben war, und nachdem schließlich nur noch eine Organisation fehlte, gelang es nach persönlicher Vorstellung, auch für diese die nötigen Angaben zu erhalten, und lief der letzte Fragebogen glücklich am 17. August ein. Wird für die

nächsten Jahre von den Vorständen ebenso gehandelt, so haben wir endlich den Punkt erreicht, von dem aus eine zuverlässige Vergleichung des Standes der gewerkschaftlichen Bewegung für die einzelnen Jahre möglich ist. Es sei jedoch bemerkt, daß der Vorwurf unvollständiger Einlieferung nicht alle Vorstände trifft. Für die größeren und gut geleiteten Organisationen sind die Materialien in der vorgezeichneten Frist eingeliefert worden. Es wäre unrecht, dies nicht zu erwähnen.

Der Kampf und Sieg der Schieferbruchs-Arbeiter von Bethesda.

London, 28. August.

Wie schon gemeldet, hat der Kampf der Schieferbruchs-Arbeiter des Lord Penrhyn sein Ende gefunden. Gestern hat eine Versammlung der betreffenden Arbeiter nach mehrstündiger Diskussion der Friedensbedingungen diese einstimmig gutgeheißen und neben dem Führer ihrer Sache, W. S. Williams, auch den Lord Penrhyn selbst hoch gelobt. Es muß anerkannt werden, daß dieser letztere, so hartnäckig er auf seiner Oberhoheit als „Eigentümer“ und „Arbeitsherr“ bestand, in der Art seiner Kriegsführung gegen die Arbeiter eine gewisse Mäßigkeit beobachtet, sich frei von Feindschaft und brutalen Verfolgungswuth gezeigt hat, wie auf der anderen Seite die Arbeiter ihrerseits sich ebenfalls streng darauf beschränkt haben, den Streit mit Lord Penrhyn auf der Höhe eines Kampfes um's Recht zu halten. Selten oder vielleicht nie in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist eine so lange — mehr als drei Viertel Jahre — sich hinziehender Zustand so absolut frei von Ausschreitungen geblieben wie dieser.

Der Streit datiert über ein Jahr zurück. Er war ursprünglich ein Kampf um einen Mindestlohn und um Abstellung verschiedener Mißstände beim Ausgeben der Arbeiten. Wie es in der Natur der Sache liegt, herrscht in den Schieferbrüchen eine Art Stücklohn- oder Akkordarbeit-System. Die Arbeit an verschiedenen Gängen des Bruches wird von Monat zu Monat an Gruppen (gangs) von Arbeitern vermiethet — gewöhnlich drei geübte Schieferbrecher, die noch einen Tagelöhner heranziehen — und die Bedingungen sollen je nach der Natur des Ganges so gestellt werden, daß für durchschnittliche Arbeitsleistung ein Durchschnittslohn herauskommt. Das dabei leicht allerhand Differenzen entstehen, liegt auf der Hand. Daher die Forderung der Arbeiter, daß ihnen ein Mindestlohn gewährleistet werde — er sollte bei einem Normallohn von 5 Sch. 6 P. 4 Sch. 6 P. betragen — und daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mannschaften und der Leitung des Bruches durch das Mittel des Komitees der Gesamtbelegschaft, d. h. der Gewerkschaft der Arbeiter zum Austrag gebracht würden. Andere Beschwerden betrafen die Arbeitsverhältnisse der Belegschaft solcher Arbeiter (auch Welsh-Pybelwyr genannt), für die keine solche Akkordarbeit gefunden wird, und die daher auf die Arbeit bei oder für Zwischenunternehmer angewiesen sind, die bestimmte Portionen des Bergwerks auf längere Zeit zum Abbruch pachten. Ferner die Verhältnisse derjenigen Arbeiter — der sogenannten Vordröcken — deren Hauptarbeit in Vorfahrung des schlechten Gesteins besteht, wozu natürlich weniger Geschick gehört als zum Brechen des Schiefers selbst. Auch diese Arbeiter litten unter dem System der Zwischenverpackung. Hier hatte die Grubenleitung Abhilfe versprochen. Sie machte sich anheischig, die Zahl der „Pybelwyr“ zu vermindern, d. h. mehr Arbeiter als bisher in den Stand zu setzen, Arbeit selbstständig in Gruppen Akkord zu übernehmen, und Maßregeln dagegen zu treffen, daß die Nachschlüssel mit Konkurrenzunternehmen zur Ausschöpfung der Arbeiter durch Leute führe, die solche Kontakte übernehmen, die Arbeit zu schlechteren Bedingungen im Kleinen weiter verpackten und, ohne selbst zu arbeiten oder ein Risiko zu übernehmen, die Differenz kurzweilend in die Tasche stecken. Andere Zustände können hier übergehen werden. Absolut abgelehnt wurde dagegen die Forderung des Mindestlohnes und das Verlangen des ständigen Komitees des Vereins der Gesamtbelegschaft als die Vertretung der Arbeiter der Grubenverwaltung gegenüber anzuerkennen. Dieselbe

bestritt den Arbeitern nicht das Recht, sich ein Komitee zu bilden, wollte aber selbst absolut nichts mit ihm, sondern nur mit den einzelnen Arbeitern oder Deputationen der einzelnen Arbeitergruppen zu thun haben. Mit andern Worten, ihre Oberhoheit sollte prinzipiell unangefastet bleiben.

Darüber ist es schließlich zum Ausstand gekommen. Am 26. September v. J. entließ die Verwaltung zwei Arbeiter, weil sie auf Beschluß des Belegschaftskomitees ihrer Aufforderung, sich in ihrem Bureau einzufinden, nicht Folge geleistet hätten, und zwei Tage darauf erhielten weitere 71 Arbeiter, darunter das ganze Belegschaftskomitee, ihre Entlassung. Die Arbeiter erklärten sich in einer Massenversammlung mit den Entlassenen solidarisch und beschloßen, ihrerseits auch „abzulegen“! Gleichzeitig wandten sie sich an das Gewerbedepartement und ersuchten es auf Grund des kurz vorher in Kraft getretenen Gesetzes über die Schlichtung von Arbeitskonflikten um seine Vermittelung. Das Amt leistete dem Besch auf Folge, aber die Vermittelung scheiterte an der Weigerung Lord Penrhyn's, irgend einen „Ausstehenden“ an der Verhandlung zwischen ihm und seinen Arbeitern theilnehmen zu lassen, und einen Fremden oder ein Mitglied des entlassenen Arbeiterkomitees als Dolmetscher zuzulassen (die Masse der Arbeiter spricht nur Welsh). Ende Dezember wurden die Gruben erbgähtig geschlossen. Lord Penrhyn bewilligte einer Anzahl älterer Arbeiter, die bisher fortgearbeitet hatten, eine Pension, seine Frau hat manches individuelles Glanz zu mildern, aber über 2500 Arbeiter blieben infolge seiner Weigerung ihrer bisherigen Einkommensquelle beraubt. Eine Anzahl jüngerer Leute fand noch und nach anderwärts Arbeit, für den Rest wurde in Gewerkschaftskreisen, unter den Genossenschaften (die Arbeiter selbst haben einen größeren Konsumverein) und namentlich auch in Kapellen der religiösen Sektierer gesammelt. Die Walliser Arbeiter sind nämlich fast sämtlich Dissidenten, der Mehrzahl nach Methodisten. Neben oder in Verbindung mit der Religion pflegen sie sehr eifrig den Gesang, ihre Gesangvereine sind die besten im britischen Reich, und so kam man auf die Ideen, die Gesangvereine von Bethesda heranziehen und durch Gesangsvorträge Geld für die Ausgesperrten ausbringen zu lassen. Das ist denn auch monatelang mit Erfolg gegangen. Wie viel Geld auf diese Weise und durch die lokalen Unterstützungs-komitees aufgebracht wurde, läßt sich schwer feststellen; die von Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Freunden für das hier in Frage gestellte Koalitionsrecht der Arbeiter aufgedachten Gelder belaufen sich insgesamt auf über 450 000 M.

Außer dem Arbeitsamt des Gewerbedepartements haben noch andererseits Versuche der Vermittelung stattgefunden, der letzte im Monat Mai. Aber die Zustände, zu denen sich Lord Penrhyn oder sein Vertreter herbeiliß, waren bisher in den Augen der Arbeiter nicht für genügend erachtet worden, um ein Abgeben des Kampfes zu rechtfertigen. Wie der jetzige Friedensschluß zu stande gekommen, ist noch nicht bekannt; daß der Gewerbedepartement, Mr. Ritchie, nicht unbeteiligt daran ist, beweist die Thatsache, daß er die letzten Tage am Ort des Kampfes war, und mit den Vertretern beider Parteien verhandelt hat. Folgendes die Friedensbedingungen, die man nach dem Vorgeschiedenen ohne weiteres verstehen wird:

1. a) Alle Arbeiter, Akkordgruppen oder Klassen von Arbeitern sollen ihre speziellen Beschwerden in erster Reihe vor den örtlichen Betriebsräthe bringen. Befriedigt dessen Entscheid sie nicht, so soll die Sache entweder von den betreffenden selbst oder von einer Deputation, deren Ernennung dem Ermessen der Arbeiter überlassen bleibt, vor den Generaldirektor gebracht werden. Die Deputation soll aber nicht mehr als fünf Personen bestehen und Leute unter sich

zählen, die der Klasse von Arbeitern einnehmen sind, um deren Beschwerden es sich handelt. b) Ueber allgemeine Beschwerden der Belegschaft oder solche einzelner Personen oder Gruppen, welche nach deren Ansicht nicht zufriedenstellend erledigt worden sind und von der Belegschaft zur Sache der Allgemeinheit erhoben worden sind, kann eine Deputation von sechs Personen, deren Ernennung der Belegschaft völlig frei steht, mit dem Generaldirektor in Unterhandlung treten. c) In wichtigen Fällen sollen einzelne oder Deputationen das Recht haben, gegen den Entschluß des Generaldirektors an Lord Penrhyn selbst zu appelliren, ihre Berufung aber schriftlich begründen.

2. Für befähigte „Pybelwyr“ sollen sobald als möglich Monatsakkorde eingerichtet werden.

3. Die Vergabung von Kontraktarbeiten bleibt in den Händen der Verwaltung des Bruchs. Dieselbe stellt aber alle bei solchen beschäftigten Arbeiter selbst an und sorgt für ihre gehörige Vergütung.

4. Von Wiederaufnahme der Arbeit an soll, so lange es die Gesundheitslage gestattet, den Arbeitern derselbe Durchschnittslohn wie vorher bezahlt werden, nämlich an Schieferarbeiter 5 Schilling, 6 Pence, an Steinarbeiter 4 Schilling, 7 Pence, und an Handlanger 3 Schilling, 7 Pence pro Tag.

5. Alle vorher beschäftigten Arbeiter sollen, soweit der Betrieb es ermöglicht, unterschiedslos wieder eingestellt und diejenigen, die anderwärts Arbeit gefunden, genügend Zeit zur Anmeldung gelassen werden.

Genaue zugelesen, enthalten die Bedingungen in der Sache alles, was die Arbeiter verlangt haben. Das jeder kleine Konflikt ohne weiteres von der Gewerkschaft aufgenommen wird, liegt kaum in deren Interesse und würde eher zu Verschleppungen als zu schneller Erledigung von Alltagsbeschwerden führen. Aber für alle wichtigen Fragen, für alle Angelegenheiten, die das gemeinsame Interesse betreffen, wird jetzt der Gewerkschaftsvorstand als Sachwalter der Arbeiter anerkannt. Das und nichts anderes bedeutet die Worte, daß die Deputation in solcher Weise ernannt werden soll, wie es den Arbeitern ratsam erscheinen mag. Treffend charakterisirt die liberale „Daily News“, die, wie andere liberale und radikale Blätter den Ausgang für einen vollen Sieg der Arbeiter erklärt, den „Kompromiß“ dahin, daß für einige Worte in dem ursprünglichen Verlangen der Arbeiter jetzt andere gesetzt sind. Das Komitee der Arbeiter verhandelt als „Deputation“, der Normallohn heißt „Durchschnittslohn“, und nicht die Arbeiter, die sich zur Einstellung melden, sondern die Einstellung „wünschen“, werden wieder eingestellt. „Wahrhaftig“, bemerkt das Hauptorgan der englischen Liberalen, „das erste Erforderniß für gewerbliche Schlichtungen ist ein Vortrieb von sinnreichen Ausdrücken.“ Und in einem Leitartikel über den Kampf schreibt dasselbe Blatt:

Es war weniger ein Kampf gegensätzlicher Interessen, als ein Kampf des Interesses der einen Seite, dem sich auf der anderen Seite unangebrachte Selbstschämung gegenüberstellte. Lord Penrhyn hat für das Recht gekämpft, eine moderne Industrie unter dem Zepter des Feudalismus zu betreiben. Er versteht den Geist seiner Zeit nicht. Er wollte den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf die Stufe eines persönlichen Dienstverhältnisses bringen, dem er seit der Zeit entrückt ist, wo die Fünfte ihre Befreiung erkämpften und den Grund zur modernen Industrie legten.

So dieß Organ des liberalen Bürgerthums gegen einen Magnaten, der seinen Augenblick sich herausgenommen hat, seinen Arbeitern die Anfechtbarkeit ihrer Gewerkschaft zu verwehren und nur selbst nichts mit ihr zu thun haben wollte. Was werden Königs Stumm und Grolae dazu sagen? —

Ungarwein Fruchtweine Cognac Rum Stonsdorfer

medicinisches, beste Qualität. 4 Literhalbe fl. 2.10, 5 Literhalbe fl. 2.35. Johannisbeer-Wein, weiß und rosa, Seidelbeer- u. Stachelbeer-Wein, 4 Flasche 75 Pf. — deutscher — 4 Literhalbe fl. 2.10, 2.50, 3.—. Cognac fine Champagne, 7/4 Liter fl. 3.50, 4.50, 5.50. anerkannt gut. 4 Literhalbe fl. 1.10, 1.60, 2.10. bei Entnahme von 5 Flaschen à 10 Pf. billiger. 2 Liter, à fl. 1.20, 3 Liter, 5.50. Gebt alt. Nordhaus, à fl. 1.—, 5/2, 4.50 Bismarcken, Jäger, Wacholder, Getreide-Stämme, à fl. 1.—.

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.

Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV, 3679. — Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 100. — Gehrenstr. 29. — Güllner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Widmannstr. 23. Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 45. — Potsdam: Bodestraße 7. — Vom 1. Oktober ab auch Schöneberg: Hauptstr. 129. 25000

Gegen Erkältung, Nist und Rheumatismus. Loh-Tannin-, Heilstrochluft- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage. 10000 Ritter-Bad, Bad Frankfurt, 18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Or. Frankfurterstr. 136. Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlins und Umgegend.

A. Schulz, Möbel- und Polsterwaarenfabrik gegründet 1878. 1922L* Reichenbergerstrasse No. 5, zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. Sehr großes Lager bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen in Nußbaum und Mahagoni von 210, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung.

Künstl. Zähne, vorzählig u. Garantiert, Schmierz, Zahnärztliche, best. schmierz, lofes Zahnjuchen, Thellzahl, Goldstein, Drantenstr. 123.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-, Droguen- und Seifenhandlungen. Dr. Thompson's Seifenpulver ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschnittel der Welt. Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik. Berlin, Andreadstr. 23, vis-à-vis dem Andreadplatz, II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldt, III. Geschäft: Berlinstr. 67 (Moabit), IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittel-Colonnaden), größtes Lager Berlins, Musterbücher gratis. 1000 Mark zahlte ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagenlager als das meine nachweist. 16000-1

Aeltere zurückgesetzte Muster billigen Preisen zum [2243L] Ausverkauf und zwar Teppiche Portièren Gardinen Tisch- u. Steppdecken Läuferstoffe, Plüsch u. Sphastoffreste, auszeichnend zu Bestellen. Wie alljährlich bietet sich auch diesmal den geehrten Damen eine günstige Gelegenheit zum ansehenswerten billigen Einkauf. **J. Adler** Teppichhaus, Spandauerstr. 30, vis-à-vis dem Rathaus, Besuch ohne Kaufzwang erbeten! Unfallsachen, Klagen, Eingaben Patzger, Zieglerstr. 65.

Bühne v. Nr. 2 an Thellzahl, Frau Olga Jacobson, 69/11* Javalidenstr. 145.

BLAS-ACCORDEONS Das ist ein Instrument aus dem die schönsten Klänge hervorgehen, es ist leicht zu spielen, es ist ein Instrument für alle Gelegenheiten. Preis 12 Mark. 14

Große vorzügliche zurückgesetzte Teppiche!! Portièren!! Gardinen!! Steppdecken!! erstaunlich billig. Teppich-Haus Emil Lesèvre, Berlin S. Oranienstr. 158. Prachtkatalog mit bunten Teppich-Abstraktionen, sowie circa 200 Gardinen und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco! 16000-2 **Größtes Teppichhaus Berlin.** Uhren-, Goldwaaren-Berand. Haar-Verkauft u. Thellzahlung. Beschäftigt d. V. Vogel, Auguststr. 72.

Wer-Stoff-hat! Elegante Frocken vortheilhaft für 2 M. Fertige Anzüge in 3 Verarbeitungen ••• frische Futterstoffe, zwei Anproben nach englische Muster verarbeiteter. 20 Mk. laubhafte Handnäherarbeit ••• haltbare Futterstoffe, praktische u. moderne Frachten, fest genäht, unter 18 Mk. Garantie •••••• 15 Mk. 3. Verarbeitung guter Stoffe, sauber genäht. 11 Tuch- u. Bukskin-Reste für die Hälfte des!! Fabrikspreises n. Komme garn, blaue u. braune Cheviots, praktische Muster in Herrenhosen zu Anzügen, Paletots, Josen. Reste zu Anabenanzügen sportlich. Unionnisch angeordnet. — Seitene Gelegenheitskäufe. [04/17] Ludwlg Engel, Münzstr. 26, parterre.

J. Baer, Berlin N., 10330- nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, empfiehlt, wie bekannt, in reicher Ausführung und allerbilligsten Preisen. Herren- u. Knaben-Garderobe, — Arbeitssachen. — Anfertigung nach Maass. Elegante Paletots und Mäntel.

Homöopath. Arzt Dr. Hoeseh, Linienstr. 149, 8-1-5-7, Sonntags 8-10, I. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten Poliklinik Llesenerstr. 17, 2-3 Uhr. 1024L*

Ginjegungs-Anzüge in glatten Kammgarn, Salm, Diagonal- und [23029] Tuchstoffen, 1 und 2reihlg. von 12-24 M. M. Schulmeister, Schneider, Dresdenstr. 4 am Kottb. Bitte genau auf die Firma zu achten.

